



### **Demonstration in Neuss**

NEUSS. Unter dem Motto „Keine Freiräume für Nazis!“ demonstrierten am Abend des 7. August knapp 300 Menschen in der Neusser Innenstadt. Ein Ziel der Demonstration war die Gaststätte „Zum Groschen“ auf der Friedrichstraße. Die dient – so die Neusser AntifaschistInnen auf ihrer Zwischenkundgebung – „seit etlichen Jahren“ als „Anlaufpunkt“ für die „örtliche Neonazi-Szene“.

Längst haben die Neonazi-Aktivitäten auch das flächenreiche Umland der Stadt Neuss erreicht. In Dormagen fanden Aktionen der Neonazis und Veranstaltungen extrem rechter Gruppen statt, in Grevenbroich gab es Kundgebungen und Info-Stände und in Meerbusch wächst eine neue Neonazi-Jugendgruppe heran. Sehen ließ sich die rechte Szene an diesem Abend nur ganz vereinzelt. Man habe zeitgleich zur Antifa-Demo Flugblattaktionen und Info-Stände in Neuss, Grevenbroich und Dormagen durchgeführt, heißt es von Seiten der Nazis. Die Antifa Neuss, die die Demo organisiert hatte, wertete die gesamte Aktion als großen Erfolg. *peb* ■

### **„Forum Deutscher Katholiken“ in Fulda**

FULDA. Das „papst- und kirchentreue“ „Forum Deutscher Katholiken“ führt vom 5. bis 7.10. im Fuldaer Kongresszentrum Esperanto seinen Kongress „Freude am Glauben. Die Kirche – unsere Heimat“ durch. Auf dem unter der Schirmherrschaft von Staatsminister Dr. Alois Rhiel stehenden Kongress werden als Redner und Gesprächspartner u.a. Prof. Dr. Konrad Löw, Interviewpartner der „Deutschen-Nationalzeitung“ und der „Jungen Freiheit“, der „Paneuropäer“ Bernd Posselt (CSU-MdEP), die Buchautorin Eva Herman, der Augsburger Bischof Dr. Walter Mixa und „Junge Union“-Chef Philipp Missfelder erwartet.

Im Jugendprogramm und in Workshops tummeln sich Vertreter von Gruppen wie „Legionäre Christi“, „Jugend 2000“, „Totus Tuus“ und der „Marianischen Bewegung“. Eröffnet wird der Kongress am Freitag Mittag mit einem Pontifikalamt durch Bischof Heinz-Josef Algermissen (Fulda). *hma* ■

### **Braunes aus dem Oberbergischen**

GUMMERSBACH/HALLE. Seit einiger Zeit erscheint im Internet und als vierseitige Papierausgabe die Schrift „Nationales Infoblatt“. Die zeigt in ihrem Titel einen Adler, der auf einem schwarz-weiß-roten Schild sitzt und druckt Beiträge aus ein-

schlägigen Neonazi-Webseiten wie „Störtebeker-Netz“ und „Altermedia“, aber auch des „Deutschen Rechtsbüros“, der „Jungen Nationaldemokraten“ oder der „Oberbergischen Wacht“ (OBW) ab. Letztere sowie die „Freien Kräfte Oberberg“ (FKO) hätten aber angeblich nichts mit der „Pflege des Nationalen Infoblattes“ zu tun, so der Autor Björn Herhaus aus Gummersbach, der auch Anmelder der Webseite des Nazi-Blättchens ist. Dies erscheint – nach Angaben der Blattmacher – in einer Auflage von „ca.1500 Stück“ in Hamburg, Hessen, Berlin, Leipzig, Halle, Oberberg (NRW), Köln und Hoyerswerda.

Besonders nach Halle scheint man sehr enge Bande zu pflegen. So berichten dort „einige Kameraden“ aus Halle/Saale und Umgebung über einen Besuch auf der Burg Saaleck und der Rudelsburg. Ansonsten findet man dort die üblichen Texte über den Zündel-Prozess, den inhaftierten Altnazi Erich Priebke, über Halbe. Ein „Patriot“ genannter Leser aus dem nahen Nümbrecht versucht sich an einem Text über „Widerstand“, ein „Michelmeier“ fordert die „Herstellung der deutschen Souveränität in den dafür bestimmten deutschen Grenzen“.

Berichtet wird auch über eine gewalttätige Auseinandersetzung von „2 Kameraden“ mit „20 russischen Leuten“ in Gummersbach-Bernberg im April diesen Jahres.

Mobilisiert wird über die Webseite auch für die zahlreichen Nazi-Aufmärsche in NRW und im weiteren Bundesgebiet. *abk* ■

### **Demo vorerst abgesagt**

BRÜSSEL. Die von der Gruppierung „Stoppt die Islamisierung Europas“ (SIOE) für den 11. September in Brüssel angemeldete Demonstration „für die Freiheit und gegen die Islamisierung Europas“ wurde vom Bürgermeister der Stadt, Freddy Thielemann (PS), nicht genehmigt. Thielemann verwies darauf, dass die islamophoben Botschaften, die von dem organisierenden Verein verbreitet werden, die große muslimische Gemeinschaft der Stadt vor den Kopf stoßen würden. Er könne daher nicht für die Sicherheit der Demonstranten garantieren. Der Publizist Udo Ulfkotte, hat angekündigt, mit juristischen Mitteln gegen diese Entscheidung vorgehen zu wollen. Die offizielle Demo werde erst einmal abgesagt. Natürlich könne aber jeder zu „rein touristischen Zwecken“ nach Brüssel reisen, so Ulfkotte. Auch über eine mögliche Party am 11. September in Brüssel wird bei den Moscheebaugenern und rechten Islamkritikern nachgedacht. *hma* ■

### **ITS-Fraktion plant Kongress**

BUKAREST. Die extrem rechte EU-Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) will Ende September einen ersten Kongress im rumänischen Bukarest durchführen. Geplant ist, den Kongress im Bukarester Parlamentsgebäude stattfinden zu lassen. Die nationalistische „Großrumänien-Partei“ um Corneliu Vadim Tudor verfügt schon seit vielen Jahren über gute Kontakte zur französischen „Front National“ (FN) und stellt – nach der FN – die zweitstärkste Kraft innerhalb der ITS dar. *hma* ■



### **Polizei und Magistrat sehen noch immer keine Rechtsverstöße**

FRANKFURT. Der hessische NPD-Vorsitzende Marcel Wöll ist inzwischen in erster Instanz wegen Volksverhetzung verurteilt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Öffentlichkeit bekannt, dass er bereits vor seinen antisemitischen Äußerungen vor dem Kreistag der Wetterau zweimal wegen Körperverletzung zu Bewährungsstrafen verurteilt worden war – in einem Fall wegen schwerer.

Für das Frankfurter Ordnungsamt war das kein Anlass gewesen, ihn als Anmelder der Nazi-Demonstration des 7. Juli zurückzuweisen.

Bei der von Wöll angemeldeten Demonstration kam es belegbar und dokumentiert zu einer großen Zahl von antisemitischen Parolen, Hassaufrufen, Verherrlichungen des NS-Regimes, Verwendung verfassungsfeindlicher Parolen und Kennzeichen. Die Polizei nahm das tatenlos und unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit hin.

Die Anti-Nazi-Koordination hatte Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth am 11. Juli auf eine ganze Reihe solcher polizeilich geduldeten Rechtsverstöße der NPD hingewiesen und dies am 20. Juli während einer Pressekonferenz der Anti-Nazi-Koordination der Öffentlichkeit vorgelegt. Alle Materialien sind seit dem 21. Juli im Internet veröffentlicht.

Inzwischen liegt uns nun eine Antwort auf unser Schreiben vom 11. Juli vor, verfasst von Herrn Ltd. Magistratsdirektor

Haas (Ordnungsamt). Hier wird entgegen aller veröffentlichter Fakten einfach behauptet: „Wie mir die Polizei auf Nachfrage bestätigt hat, gab es am 07.07.2007 nach gegenwärtigem Stand offensichtlich seitens der NPD keine gravierenden Auflagenverstöße, die ein Auflösen der Demonstration gerechtfertigt hätten. Parolen mit strafrechtlich relevantem Inhalt konnten nicht festgestellt und dokumentiert werden“.

Die Anti-Nazi-Koordination verurteilt in aller Schärfe diesen Kurs der Toleranz gegenüber Nazis in Frankfurt und erklärt: wir werden das nicht auf sich beruhen lassen!

*Anti-Nazi-Koordination, 14.8.07  
www.antinazi.wordpress.com* ■

## **Acht Inder durch Mügeln gehetzt**

SACHSEN. Wie die Tagesschau am 19.8. berichtete, sind in Mügeln in Sachsen acht Inder von Dutzenden Deutschen angegriffen und gejagt worden. Nach Angaben des Leiters des Direktionsbüros bei der Polizei Westsachsen schlugen rund 50 meist junge Deutsche auf einem Stadtfest auf die acht Männer ein. Die Inder seien in eine Pizzeria geflohen, die Jugendlichen hätten sie dorthin verfolgt. Die Angreifer hätten dann Türen der Gaststätte eingetreten, rund 70 Polizeibeamte hätten die Jugendlichen schließlich abdrängen können. Alle acht Inder und vier Deutsche wurden den Angaben zufolge verletzt. Einer der indischen Besucher und ein Deutscher mussten im Krankenhaus behandelt werden. Auch zwei Polizisten erlitten Verletzungen.

„Wäre die Polizei nicht gekommen, hätte hier noch viel Schlimmeres passieren können“, zitierte die „Leipziger Volkszeitung“ den Pizzeria-Betreiber. Mügeln's Bürgermeister Gotthard Deuse vermute einen rechtsradikalen Hintergrund. Nach seinen Informationen seien ausländerfeindliche Parolen gerufen worden, so die „LVZ“. Ein Augenzeuge habe von Parolen wie „Ausländer raus“ und „Hier regiert der nationale Widerstand“ berichtet. Von Seiten der Polizei heißt es wie üblich, es werde in alle Richtungen ermittelt, eine fremdenfeindliche Straftat sei denkbar! *u.b.* ■

## **Nazigewalt in Zella-Mehlis - eine unendliche Geschichte**

Fast keine Woche vergeht ohne einen Bericht in der Presse, gestützt auf die Informationen der Polizei, in dem wieder eine Schlägerei in Zella-Mehlis thematisiert wird. Oft handelt es sich hierbei um politisch motivierte Gewalt, ausgehend durch rechte Schläger aus Zella-Mehlis und Umgebung. So stellt die Einschüchterung, Bedrohung und Gewalt durch die Nazis schon einen Einschnitt in die Le-

bensqualität der Menschen dar, die es sich nicht nehmen lassen, sich gegen rechtes Gedankengut zu positionieren.

Schon Stunden vor dem Übergriff in der Nacht vom 3. zum 4. August, richteten die Securitys von „Böwe Security“ mahnende Worte an die späteren Opfer, da sie das anwesende „rechte Publikum“ als Linke identifiziert hätten. Es liegt scheinbar nicht im Sinne des Rele, anwesende Nazis von den Partys zu entfernen.

Gegen 5 Uhr verließen die Betroffenen das Rele. Beim Verlassen des Eingangsbereiches wurde nach ersten Handgreiflichkeiten auch eine junge Frau aus einer Gruppe von teilweise einschlägig bekannten Neonazis heraus angespuckt. Die Böwe-Securitys griffen jedoch nicht ein. Einer wandte sich auf Nachfrage, was das denn sollte, von den Betroffenen ab. Ein zweiter forderte sie dazu auf, sich von hier zu „verpissen“. Die bespuckte Frau wurde als „Schlampe“ bezeichnet und die Betroffenen wurden weiter beschimpft und provoziert.

Als die Betroffenen den Parkplatz des Rele verlassen wollten, trat eine Person aus der Gruppe der Neonazis gegen das Auto. Als die Insassen ausstiegen, wurden sie auch sofort angegriffen. Eine Person wurde von den Angreifern zu Boden gezerrt, zog sich leichte Blessuren zu und konnte stärkere Verletzungen nur verhindern, indem er einem der Angreifer zu verstehen gab, dass er seinen Namen kenne. Ein anderes Opfer hatte weniger Glück, es verlor am Boden liegend traktiert durch Schläge und Tritte sein Bewusstsein und blieb eine Weile regungslos am Boden liegen. Die zuerst angegriffene Person wurde kurz darauf noch durch einen Security attackiert, der ihn, bekleidet mit Lederhandschuhen, ins Gesicht schlug und seinem Opfer dabei das Nasenbein brach. Später begaben sich die Opfer in ambulante Behandlung.

Bei näherer Betrachtung verwundert es nicht, dass die Böwe Securitys auch mal mit zuschlagen, wenn es gegen Linke geht. Die Firma gehört Frank Böwe, dem Besitzer des Naziladens „Bouncer“ in Meiningen. Der Laden richtet sich mit Textilwaren von Thor Steinar auch an die extrem rechte Kundschaft.

Die Polizei sollte später den Übergriff durch Neonazis auf Linke als „Tätlichkeiten zwischen rivalisierenden Gruppen bezeichnen“, ohne zu erwähnen von welchem Klientel die Gewalt ausging und ohne die Motive der Angreifer näher zu beleuchten. Nicht zum ersten Mal relativiert die Polizei die politisch motivierte Gewalt als eine Auseinandersetzung zwischen „rivalisierenden Jugendbanden“ und entpolitisiert damit den Vorfall. Sie trägt so mit dazu bei, dass bestimmte Diskos, Kneipen oder ganze Stadtteile zu No-Go-Areas für Linke und Nicht-Deutsche werden.

*http://agst.antifa.net/archiv/text069.htm* ■

## **Naziaufmarsch? Das war wohl nix!**

BURG. Groß war er angekündigt, der Aufmarsch des Freien Netzes. Doch nichts war zu sehen! Da meldete Danny G. eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Polizeiwillkür und Staatsterror“ für den 11. August 2007 an! Doch als diese von dem OVG Magdeburg verboten war, wollte man es nicht wahrhaben und verbreitete, dass Medien und Polizei lügen würden. Schon Freitag Abend teilte der MDR mit, dass die Demonstration Samstag in Burg verboten ist. Doch um sich die Niederlage nicht eingestehen zu müssen und ihren „Kameraden“ mitzuteilen, dass der Aufmarsch verboten ist, verheimlichte man dies und mobilisierte heiter weiter nach Burg. Als dann wirklich 30 Nazis in Burg ankamen, wurden diese in den nächsten Zug geschickt und aus der Stadt gebracht. Nun versammelten sich Neonazis in Biederitz und fuhren danach nach Magdeburg, um eine Spontandemo durchzuführen. Doch am Bahnhof in Magdeburg angekommen, wurden die Personalien der Nazis aufgenommen und sie wurden auch aus Magdeburg gebracht. Irgendwann abends soll es noch eine Spontandemo in Delitzsch gegeben haben.

In der Nacht vom 13.8. zum 14.8.2007 wurden dann in Burg massiv Aufkleber und Plakate im Gedenken an Rudolf Hess verklebt. Die für den 11. August 2007 angemeldete Demonstration der Kameradschaft „Freie Kräfte Burg“ war vom OVG Magdeburg mit der Begründung verboten worden, dass es sich um eine Ersatzveranstaltung für den in Wunsiedel verbotenen Gedenkmarsch für Rudolf Hess handeln könnte. Die jetzt verklebten Materialien bestätigen so im Nachhinein den Verdacht des OVG Magdeburg sowie die Rechtmäßigkeit des Verbots. Auf den Aufklebern stehen neben der Internetadresse der Kameradschaft Burg weitere Internetadressen von einschlägigen Rechten Gruppen/Organisationen, wie z.B. freie-offensive.net, freies-netz.net, jugend-offensive.info, maerkisches-infoportal.de, lausitz-infos.net, nw-berlin.net, spreeklicher.info. In Potsdam, Brandenburg, Zittau und in vielen anderen Orten sind ebenfalls Aufkleber und Plakate dieser Art aufgetaucht. Die Polizei oder die Stadt Burg reagierten bislang noch nicht auf diese Aktionen der Nazis.

*Antifaschistische Aktion Burg [AAB]  
http://www.antifa-burg.de.vu* ■

## **Erhält NPD Geheiminfos zugespield?**

Wie Berlinonline vom 14.8.2007 berichtet, hat die NPD offenbar streng geheime Informationen über die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit einem priva-

ten Software-Unternehmen zugespielt bekommen. Die nur einem kleinen Personenkreis in deutschen Sicherheitsbehörden und Ministerien bekannte Firma in Darmstadt arbeite unter strengster Geheimhaltung für den Verfassungsschutz und entwickle unter anderem Software für den Geheimdienst. Nach Darstellung der NPD soll das Unternehmen jetzt einen Datenabgleich bestimmter Erkenntnisse aller Landesverfassungsschutzämter und des Bundesamtes über die rechtsextreme Partei vornehmen. „Wir haben einen entsprechenden, begründeten Verdacht“, sagte NPD-Generalsekretär Peter Marx der Berliner Zeitung. Ihm zufolge haben die Innenminister der Länder den Datenabgleich beschlossen, um die Möglichkeiten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens auszuloten. Die Darmstädter Firma soll dazu an Hand der ihr übermittelten Daten prüfen, in welchen Zeiträumen die einzelnen Verfassungsschutzämter welche NPD-Funktionäre als V-Leute führten.

Erstmals aufgefallen war das Insiderwissen der Rechtsextremen, als am 18. Juli der Mecklenburger NPD-Abgeordnete Stefan Köster in einer Kleinen Anfrage an die Schweriner Landesregierung sich nach der geheimen Firma in Darmstadt erkundigte. Das Schweriner Innenministerium wolle nun prüfen, ob die Information durch ein Leck im eigenen Haus oder im Landesamt für Verfassungsschutz an die Rechtsextremisten herausgesickert ist, berichtet die Zeitung.

Quelle: <http://www.berlinonline.de> ■

## Köln CDU nicht gesellschaftsfähig

KÖLN. In den letzten sechs Jahren gab es neben Finanzskandalen in der Kölner Lokalpolitik zwei große Ereignisse, die zu einer breiten Diskussion in der Bevölkerung führten. Das war 2001 die Privatisierung der GAG, einer städtischen Eohnungsbau-genossenschaft und die heutige Diskussion über den Bau der Moschee und des Kulturzentrums von DITIB. In beiden Fällen spaltete sich im Entscheidungsprozess die CDU. Die Kölner CDU als große Volkspartei ist offensichtlich nicht dazu in der Lage, mit einer Stimme zu sprechen in politischen Entscheidungen, bei denen es um das normale Miteinander der Stadtgesellschaft geht.

Der Sonderparteitag der Kölner CDU am 14.8. hat zwar formal den Bau der Moschee noch befürwortet, aber so hohe Bedingungen gestellt, dass der CDU-Vorsitzende Reinartz nach Presseberichten gleich erklärte: „Wenn DITIB auf unsere Forderung nicht eingeht, werden wir dem Bau der Moschee nicht zustimmen.“ Ob sich die CDU-Fraktion im Rat daran hält, bleibt noch abzuwarten.

Oberbürgermeister Schramma setzt sich für den Bau der Moschee ein: „Machen wir uns nichts vor. Die Moschee

kommt! Entweder mit uns oder gegen uns oder ohne uns“ und er machte deutlich, dass im Rat eine „Mehrheit von SPD, Grünen, Linken und FDP“ für den Bau der Moschee stimmen wird.

Wie geht es jetzt weiter? In der nächsten Woche findet eine Sondersitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld statt, die die Pläne des Baus der Moschee befürworten wird. Am 21. August findet die Sitzung des Beirates der Moschee statt. Da wird DITIB vermutlich darlegen, ob sie Zugeständnisse an Oberbürgermeister Schramma machen wird. Da es im Rat eine klare Mehrheit gibt, wäre das faktisch ein Bonbon an der Oberbürgermeister. Eine solche Entwicklung ist aber eher unwahrscheinlich.

Die CDU hat sich mit ihrer extremen Position jetzt isoliert. Denn es wird immer deutlicher: Rassistische Beweggründe sind die Motive von vielen CDU-Mitgliedern, gegen die Moschee zu hetzen. Eine gesplante CDU kann langfristig sehr unangenehm werden, nämlich dann, wenn pro Köln in diese Kreise versucht einzudringen. **Jörg Detjen** ■

## Betriebsrat Arcelor Bremen wehrt sich gegen rechte Propaganda

BREMEN. Im Mai standen in Bremen Wahlen an. Auch mehrere rechtsextreme Parteien waren angetreten. Zwar zog die DVU erneut mit einem Sitz in die Bremische Bürgerschaft, insgesamt jedoch war die extreme Rechte bei Weitem nicht so erfolgreich wie vermutet. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sich viele aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus eingesetzt und Position bezogen hatten. So auch die Kollegen und Kolleginnen des Stahlproduzenten Arcelor Bremen.

Parteien wie die Republikaner hatten ganz bewusst vor den Werkstoren Plakate mit Parolen aufgehängt, die soziale Themen ansprachen. „Über viele Wahlaussagen lässt sich streiten. Über eins aber nicht: Rassistische Parolen wie ‚Das deutsche Volk zuerst‘ oder den Versuch, Hartz IV-Empfänger gegen ausländische Kollegen aufzuwiegeln, werden wir nicht hinnehmen“, so der Betriebsrat in seinem Mitteilungsblatt. Die Plakate im Umkreis der „Hütte“ – wie das Werk in Bremen genannt wird – wurden kurzerhand übermalt. Weil er diese Aktivitäten nachträglich begrüßt hat, hat sich Betriebsrat Joachim Heier dafür eine Anzeige der Rechten eingefangen.

Heier lässt sich jedoch nicht einschüchtern: „Als Betriebsrat sehen wir diese Parolen als einen Versuch, den Betriebsfrieden zu stören. Wir werden es nicht zulassen, dass Kollegen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander aufgehetzt werden“, betont er.

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt August 2007“ - 10.08.2007 ■

## „Tag der Heimat“ 2007

DÜREN. Alle Jahre wieder, dieses Mal am 25. August, trommelt der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) in Düren sein Fußvolk zusammen. Vordergründig in der harmlosen Absicht, an die „Heimat“ zu erinnern, Traditionen zu pflegen und auf dem „Ostdeutschen Markt“ auf dem Rathausvorplatz Produkte aus der kalten Heimat anzubieten. Bei der Auswahl der Redner ging es weniger harmlos zu. Dazu die Antifa Düren: „Wir erinnern an den mittlerweile rechtskräftig verurteilten Holocaust-Leugner Latussek, der nach Recherchen der Antifa Düren nur unter massiven Druck wieder ausgeladen wurde. Die Äußerung des damaligen Vorsitzenden des BdV Düren, Latussek sei eine integre Person, steht noch heute im Raum. Im Jahr 2004 waren sogar Mitglieder der neonazistischen ‚Kameradschaft Aachener-Land‘ freundlich aufgenommene Gäste beim ‚Tag der Heimat‘ des BdV in Düren auf dem Kaiserplatz.“

Trotz alledem wurde der BdV regelmäßig vom Bürgermeister Paul Larue ins Rathaus eingeladen. Hierfür wurde er von den Revanchisten mit der „Ernst-Moritz-Arndt-Plakette“ des BdV NRW ausgezeichnet, die der Holocaust-Leugner Latussek Jahre vor ihm erhielt.

Auch in diesem Jahr lädt der Bürgermeister den BdV ins Rathaus ein. Brisant ist, dass Paul Larue seit Januar 2007 einer der Sprecher des Dürener Bündnisses gegen Rechts ist. In der Hoffnung, diesen Spagat auszuhalten und den diesjährigen Protest gegen den rechten Event mundtot zu machen, steht in der Einladung zum „Tag der Heimat“: „Durch ihre Teilnahme bekunden Sie, dass wir jede Art von Extremismus, ob nun von rechts oder links in unserer Stadt oder in unserem Land ablehnen, denn viele haben leidvoll erleben müssen, was geschieht, wenn Hass und Gewalt regieren.“ Die Teilnahme am „Tag der Heimat“ kann jedoch nie eine Bekundung gegen Rechts sein. Wir fordern daher Paul Larue auf, den BdV aus dem Rathaus auszuladen und den „Tag der Heimat“ abzusagen.“ **Antifa Düren, 16.8.07** ■

## Kissel bei „pro NRW“

„Der bekannte Solinger Unternehmer Günther Kissel ist heute der ‚Bürgerbewegung pro NRW‘ beigetreten.“ das meldet Pro NRW am 16.8. auf seiner Homepage. Kissel sei ein langjähriger Unterstützer der patriotischen Bewegung in ganz Deutschland und wolle künftig die Aktivitäten von pro NRW nach besten Kräften fördern. Pro-NRW-Vorsitzender Markus Beisicht: „Ich bin mir sicher, daß nach Gründung unser Mittelstandsvereinigung und dem Beitritt des erfolgreichen Unternehmers Kissel weitere patriotisch gesinnte Wirtschaftsvertreter aus NRW zu uns stoßen werden, die auch auf Landesebene politische Veränderungen wünschen!“

Quelle: [www.pro-nrw.org](http://www.pro-nrw.org) ■

## Hamburger Bündnis gegen Rechts: Erfolgreiche Demonstration

HAMBURG. Am 14. August 2007 demonstrierten 1.200 Menschen in Blankenese gegen die Tätigkeiten des Nazifunktionärs Jürgen Rieger, der vor Ort seinen Wohnsitz hat und dort seine Kanzlei und die Geschäftsstelle der Hamburger NPD betreibt. Die Demonstration wurde neben dem Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) von autonomen und unabhängigen Antifagruppen und der GAL unterstützt.

Es sprachen VertreterInnen der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), der bundesweiten Kampagne „NS-Verherrlichung stoppen“, „Avantiprojekt undogmatische Linke“, der Partei „Die Linke“ und der GAL. Anlass war die wiederholte Anmeldung eines Gedenkmarsches für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß durch Nazi-Anwalt Jürgen Rieger für den 18. August. Darüber hinaus machten alle RednerInnen auf die Gefahr eines anwachsenden Neofaschismus in Hamburg aufmerksam. Seit Jürgen Rieger Landesvorsitzender der NPD ist, hat sich die Nazi-Partei deutlich radikalisiert. Das HBgR wertete die Bündnisdemonstration als vollen Erfolg und rief gemeinsam mit den anderen RednerInnen dazu auf, bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 den Nazis keine Stimme zu geben. **PM ■**



## Nazifeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof

HAMBURG. Zum wiederholten Male haben ca. 50 Hamburger Neofaschisten unterschiedlicher Organisationen am 29. Juli auf dem Ohlsdorfer Friedhof eine sog. „Gedenkfeier“ abgehalten. Die Erinnerung an den Tod von mehreren zehntausend Menschen im Rahmen der alliierten Bombardierungen der Hansestadt im Juli 1943 missbrauchen Nazis seit Jahren, um schauerlich inszenierte Feiern abzuhalten.

Ähnlich wie in den letzten Jahren marschierten dazu militante Neonazis der Freien Kameradschaften (FK) vor dem offiziellen Mahnmal für die Bombenopfer auf, standen Spalier und posiertem vor dem Relief im Mahnmal. Eine Rede hielt dieses Jahr der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Karl-Heinrich Göbel. Neben Mitgliedern der NPD und der FK waren auch DVUler, darunter aus dem Landesvorstand, anwesend.

Seit mindestens 2004 hat Gerhard Teppris, ein ehemaliges DVU-Mitglied aus Wandsbek, mittels einer Tarnorganisation „Hamburger Opfer unvergessen“, die Feiern inszeniert. In diesem Sommer starb Teppris, die erneute Feier dokumentiert, dass das Gedenken trotzdem Nazis organisationsübergreifend eint. Im letzten Jahr wurde die Nazifeier von AntifaschistInnen behindert und mit einer eigenen Kranzniederlegung darauf auf-

merksam gemacht, dass sich in geringer Entfernung die Gräber von ZwangsarbeiterInnen befinden, die ebenfalls im Bombenhagel umkamen u.a. weil man ihnen den Schutz in Bunkern verweigerte. Diese Intervention hatte auch zur Folge, dass 2006 den FK der Zutritt zum Friedhof von der Polizei verwehrt wurde, die älteren Nazis mussten alleine feiern.

Dieses Jahr nun konnten alle vereint und unter Polizeischutz ungestört feiern. NPD, DVU und FK legten alle eigene Kränze ab und sangen abschließend „Ich hatte einen Kameraden“ und das gesamte Deutschlandlied.

Es ist ein Skandal, dass die Friedhofsverwaltung diese geschichtsrevisionistischen Spektakel seit Jahren duldet und die Polizei mal wieder für den Schutz der Nazis sorgt. Diese haben angekündigt, in den kommenden Jahren wiederzukommen. Es bleibt also Aufgabe der AntifaschistInnen, dem braunen Spuk in Ohlsdorf ein Ende zu bereiten. Es kann nicht hingenommen werden, dass die militärische Befreiung Deutschlands als „verbrecherische alliierte Kriegsführung“ verleumdet und das Gedenken an die wahren Opfer des Faschismus als „eingepflichtete Schuldkomplexe“ denunziert wird. **erk ■**



**2006: DVU-Mitglieder legen einen Kranz im offiziellen Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer nieder.**

**Wittmund.** Der Besitzer des „Bahnhofshotels“ in Wittmund soll in der letzten Zeit einige gute Bekannte verloren haben. So wird in der kleinen ostfriesischen Stadt erzählt. Fakt ist: Der Rechtsanwalt des Hoteliers hat sich öffentlich von ihm losgesagt. Grund für die Unruhe: Der Hotel-Chef verhandelt zurzeit mit dem berüchtigten Ultrarechts-Rechtsanwalt Jürgen Rieger über einen möglichen Verkauf des Gebäudes.

Rieger, Mitglied des Bundesvorstandes der rechtsextremistischen NPD, gilt als Spezialist für Immobiliengeschäfte ultrarechter Kreise. Darüber hinaus betätigt er sich als Vorkämpfer gegen die „Rassenmischung“. Maren Brandenburger, Sprecherin des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, nennt ihn einen „unverbesserlichen Rassisten und fast besessen von seinen Thesen“; er vertrete einen „ungeheuer aggressiven Rassismus“.

Die intensiven Kontakte des Wittmunder Hoteliers zu Rieger bestätigte der Advokat des Unternehmers – bevor er ankündigte, dass er aus Protest sein Mandat niederlegen werde.

Gegenwärtig unterliegt das Haus einem Nutzungsverbot, das der Landkreis Wittmund ausgesprochen hat. Nachdem

**Das Bündnis „Dortmund gegen rechts“ und das „Dortmunder Friedensforum“ haben in einem gemeinsamen Aufruf zum Antikriegstag am 1. September dazu aufgefordert, der geplanten Naziprovokation an diesem Tag entgegenzutreten:**

„Am Antikriegstag wollen die geistigen Enkel der Naziverbrecher in Dortmund verlogen unter der Losung „gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ aufmarschieren. Es sind die gleichen, die heute noch die Verbrechen der Waffen-SS und der Wehrmacht bejubeln und die Grenzen Deutschlands von 1937 wiederherstellen wollen. Es sind die gleichen, die heute Antisemitismus, Ausländerhass und Menschenverachtung mit Gewaltbereitschaft verbinden und auch vor Mord nicht zurückschrecken. Dem Satz „Nie wieder Krieg!“ fügen sie „nach unserem Sieg!“ an.

Wir protestieren entschieden gegen den neuerlich in unserer Stadt geplanten Naziaufmarsch am 1. September und schließen uns dem Verbotsgesuch der VVN/BdA Dortmund an den Polizeipräsidenten an. Der 1. September ist der Antikriegstag der Friedensbewegung, der Gewerkschaften und aller Demokraten und Antifaschisten.

„Dortmunder Friedensforum“ und „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ haben für den 1. September eine Kundgebung

## Unruhe in Wittmund:

# Will Neonazi Rieger das „Bahnhofshotel“ kaufen?

von Thomas Klaus

ein verwaarloster Mann in dem Hotel verstorben war, hatte es eine Begehung gegeben. Dabei seien „unhaltbare Zustände angetroffen“ worden, so Landrat Henning Schultz. Unter anderem geht es um einen mangelhaften Feuerschutz. Damit das „Bahnhofshotel“ weiter betrieben werden kann, muss der Besitzer viel Geld in die Hand nehmen – und das scheint er mit einem zur Diskussion stehenden Verkauf an Jürgen Rieger vermeiden zu wollen.

Bekanntlich hatte Rieger im vergangenen Jahr in Delmenhorst ein Hotel in der Innenstadt erwerben wollen. Durch diese Absichten wurde eine breite Protestbewegung in Gang gesetzt. Am Ende kaufte die Stadt den Komplex und brachte dabei auch mehr als 937.000 Euro ein, die Bürgerinnen und Bürger gespendet hatten.

Wittmunds Bürgermeister Rolf Claußen warnte schon mal vorsorglich vor der abschreckenden Wirkung, die das rechtsextremistische Interesse an einer

Immobilie für den Ort hätte. Rechtzeitig müsse ein Druck in der Öffentlichkeit aufgebaut werden, forderte er. Zugleich bat Claußen darum, Panikmache zu vermeiden. Schließlich werden immer wieder „Scheinkäufe“ bekannt, bei denen Immobilienbesitzer und Rechtsextremisten gemeinsame Sache machen: Kaufabsichten werden vorgegaukelt, damit sich Kommunen angesichts des öffentlichen Drucks zum Erwerb entschließen – zu überhöhten Preisen; angeblich werden in diesem Zusammenhang Provisionen der Verkäufer an Rechtsextremisten gezahlt.

Dass es solche Scheinkäufe gibt, wurde erst am 1. August bei der Vorlage eines Berichtes der Innenminister-Konferenz (IMK) über „Finanzquellen der rechtsextremistischen Kreise“ bestätigt. Allerdings wird in dem IMK-Bericht ebenso dargelegt, dass die Zahl der von Rechtsextremisten tatsächlich gekauften und genutzten Immobilien in der ersten Hälfte des Jahres 2007 sprunghaft angestiegen ist. ■

## Nie wieder Faschismus! Nein zum Krieg! Antikriegskundgebung am 1. September in Dortmund

auf dem Friedensplatz, alternativ auf dem Platz der alten Synagoge unter dem Motto: „Nie wieder Faschismus! Nein zum Krieg!“ angemeldet und werben um die Unterstützung aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei werden wir die Mahnung des 2. Weltkrieges an die nachfolgenden Generationen erneuern: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Das „Sag Nein!“ des Dichters Wolfgang Borchert wiederholen wir auch, wenn es um Auslands- und Inlandseinsätze der Bundeswehr geht.

Inzwischen werden Bundeswehrsoldaten weltweit eingesetzt, um die Interessen deutscher Konzerne beim Kampf um Märkte und Rohstoffe zu sichern. Im September und Oktober wird der Bundestag über eine Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan beraten und beschließen. Die vorgegebenen Ziele dieses Krieges, der Kampf gegen Terror und für Demokratie sind gescheitert. Im Gegenteil, die Kämpfe, in die die Bundeswehr mit der Entsendung von Tornados noch tiefer verstrickt ist, bringt dem geschundenen Land und seiner Bevölkerung immer mehr Zerstörung und Tod.

Deshalb fordern wir: deutsche Soldaten raus aus Afghanistan! Mit Krieg ist weder der Terror zu bekämpfen noch der Frieden herzustellen. Die vielen Millionen Euro, die der Krieg verschlingt, sollen für den Aufbau, für humanitäre und medizinische Hilfe bereitgestellt werden.

Neben dem Beenden aller Auslandseinsätze fordern wir, die schleichende Militarisierung der Innenpolitik sofort einzustellen - Panzerspähwagen, Tornados und Phantoms im Einsatz gegen demonstrierende Menschen, wie in Rostock und Heiligendamm geschehen, sind ein Skandal. Das Ziel des Innenministers, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, ist verfassungswidrig und muss zurückgewiesen werden.

Wir demonstrieren am Antikriegstag für Frieden und Völkerfreundschaft, für die demokratischen und antifaschistischen Grundrechte in der Verfassung.

Der Aufruf mit Unterschriftenliste kann unter [http://www.nrw.vvn-bda.de/bilder/1\\_September\\_2007\\_Dortmund\\_Aufruf\\_Unterschriften.pdf](http://www.nrw.vvn-bda.de/bilder/1_September_2007_Dortmund_Aufruf_Unterschriften.pdf) herunter geladen werden.

„Bündnis Dortmund gegen Rechts“  
„Dortmunder Friedensforum“ ■





## Neonaziprovokation zum Antikriegstag in Dortmund verhindern!

Auch die für Dortmund gewählte Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke von der Linksfraktion protestiert gegen den Aufmarsch:

Bereits zum dritten Mal wollen Neonazis am 1. September in Dortmund ausgerechnet auf dem Friedensplatz zum „nationalen Antikriegstag“ aufmarschieren.

Der 1. September erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf Polen. Der Antikriegstag ist ein weltweiter Aktionstag der Friedensbewegung, der Linken und aller Demokraten. Wenn Neonazis an diesem Tag ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten dürfen, ist dies eine Beleidigung für alle Opfer des Nationalsozialismus und eine Verhöhnung all derjenigen, die heute gegen Militarisierung und Krieg eintreten.

Wie die „Friedensliebe“ der Neonazis gemeint ist, macht ein eigens für den Naziaufmarsch komponiertes Lied deutlich. In der Schlussstrophe heißt es: „Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg“. Gemeint ist der Sieg des Faschismus!

Die Stadt Dortmund und der Dortmunder Polizeipräsident zeigen sich unwillig oder unfähig, die Naziprovokation am 1. September trotz der zu erwartenden Volksverhetzung zu verbieten. Das verwundert nicht. Bereits am 1. Mai sind die Neonazis geschützt von der Polizei trotz breiten Widerstandes aus der Bevölkerung in Dortmund aufmarschiert. Die regelrechte Fürsorge der Stadt Dortmund und der Polizei, die die Nazis mit städtischen Bussen zum Kundgebungsort geleitete, musste von diesen als Einladung verstanden werden, wieder nach Dortmund zu kommen.

Um so mehr ist es die Pflicht der Dortmunder Bevölkerung und aller Antifaschistinnen und Antifaschisten, den Neonazis am 1. September entgegenzutreten und mit allen zulässigen Mitteln den Aufmarsch der braunen Kriegstreiber zu verhindern.

*Ulla Jelpke, MdB  
Innenpolitische Sprecherin  
Fraktion DIE LINKE ■*

# NPD: „Wahlkampfauftakt in Hannover – Signal für Deutschland“

HANNOVER. Die Auftaktveranstaltung der NPD zum Landtagswahlkampf 2008 in Niedersachsen findet in Hannover statt. Mit einer geschickten Strategie konnten die Rechten verhindern, dass sie aus Platzmangel abgewiesen werden. Üblicherweise wehren sich die Kommunen gegen unerwünschte Anfragen mit dem Hinweis, die Räume seien ausgebucht. Diesmal hat die NPD jedoch vorgesorgt: Sie meldete sich bereits im Juni an, ließ den Veranstaltungstermin – zwischen 1.9. und 3.10. – weitgehend offen und erklärte sich mit der städtischen Niedersachsen- oder Eilenriedehalle gleichermaßen einverstanden.

Auf Beschluss des Verwaltungsges-

richts muss die Stadt der NPD im

Hannover Congress Centrum (HCC) eine der Hallen überlassen.

Mit der bekannten Begründung, solange die NPD nicht

verboten sei, habe sie nach dem Parteiengesetz einen Anspruch auf Gleich-

behandlung, entschied das Gericht. Die Begründung der Stadt, die NPD-Veranstaltung gefährde die öffentliche Sicherheit und Ordnung, hielten die Richter für nicht stichhaltig.

„Diese rechtsextreme Partei wendet sich gegen unsere demokratischen Regeln, sie vertritt fremdenfeindliche Positionen und verbreitet Hass und Gewalt.“ Diese Ausführungen des Oberbürgermeisters – nach der Entscheidung des Gerichts – wäre das bessere Argument gegen die Veranstaltung gewesen.

Von der Möglichkeit, Beschwerde gegen die Entscheidung bis zur letzten Instanz – Obergericht Lüneburg – einzulegen, hat die Stadt keinen Gebrauch gemacht.

Auf der Internetseite der NPD Niedersachsen mit Datum vom 8.8.07 ist zu lesen: „Wahlkampfauftakt in Hannover – Signal für Deutschland. ... »Am 15. September wird von Hannover aus ein Sig-

nal für Deutschland ausgehen«, versprach NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt. Voigt erinnerte daran, dass die NPD das letzte Mal 1969 in der Niedersachsenhalle eine Großkundgebung abgehalten habe: »Damals gab es mit Adolf von Thadden einen Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Niedersachsen. Im Februar werden wir mit unserem Spitzenkandidaten Andreas Molau nach Sachsen und dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern erneut einen NPD-Fraktionsvorsitzenden haben.«

Hannover sei für die Nationaldemokraten von besonderer Bedeutung, so Voigt: »Hier hat sich die junge deutsche Partei 1964 gegründet und von hier aus



Werbeplakat der NPD für ihre Auftaktveranstaltung in Hannover

wird gemeinsam mit dem benachbarten Bundesland Hessen ein Signal ausgehen. Auch in Westdeutschland wird die NPD zunehmend wieder zum politischen Faktor.«

Zwar sind sich die verschiedenen gesellschaftlichen, politischen Kräfte darin einig, dass gegen den Auftritt der NDP mobilisiert wird. Über eine gemeinsame Mobilisierung gibt es aber derzeit noch keine Verständigung.

So hat der Oberbürgermeister (SPD) hat auf der Seite der Stadt zu einem „Fest für Demokratie“ vor dem Rathaus auf dem Trammplatz aufgerufen.. Und vertritt „es sei ‚sinnvoll, in einem zweiten, verbesserten Anlauf die Verfassungsmäßigkeit der NPD zu überprüfen“.

Pferdefuss bei der geplanten Veranstaltung: der Veranstaltungsort ist weit entfernt von dem Ort der Wahlkampfveranstaltung der NPD. →

Der DGB will ein breites Bündnis schmieden. In dem Aufruf dazu heißt es: „Als Redner kündigt die NPD bundesweite ‚Prominenz‘ der rechtsextremen Szene für den 15.09. an: Udo Voigt (Parteivorsitzender NPD), Holger Apfel (Stellv. Parteivorsitzender NPD), Andreas Molau (stellv. Landesvorsitzender NPD Niedersachsen, Spitzenkandidat zur Landtagswahl), Christian Worch (freier Nationalist, Hamburg), Dieter Riefling (freier Nationalist, Niedersachsen). Außerdem soll es ein musikalisches Rahmenprogramm mit „Künstlern“ dieser Szene (Jörg Hähnel, Annett und Michael) geben. Damit ist diese Veranstaltung nicht eine unter vielen öffentlichen Auftritten der NPD. Es handelt sich für die rechte Szene um ein landes- und bundesweites Großereignis.

Wer sich mit den bisherigen Wahlkampfaktivitäten der Rechtsextremen in Niedersachsen, ihren Materialien, ihrem Programm und ihrem Auftreten auseinandersetzt, wird die Gefahren nicht übersehen können: Geschickt getarnt gibt die NPD sich bieder – und kooperiert zugleich intensiv mit den gewaltbereiten und gewalttätigen Kadern der eigenen Partei und der sog. Freien Kameradschaften. Rassismus, Hass auf die Demokratie und faschistisches Gedankengut sind erst auf den zweiten Blick erkennbar. Die Zielgruppe der Jugendlichen soll dabei über eine eigene Schülerzeitung angesprochen werden. Auch eine „Schulhof-CD“ mit rechtsextremen Liedgut ist wieder zu erwarten. Geplant ist eine Kundgebung auf dem Opernplatz, eine Demonstration zum HCC und eine Kundgebung dort mit viel Kultur. Ich (die Einladung wurde vom Kreisvorsitzenden des DGB geschrieben), wünsche mir eine breite gesellschaftliche Beteiligung – jenseits von Grabenkämpfen mit einem gemeinsamen Ziel: Einstehen und Gesicht zeigen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.“

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 10. September gelang es der NPD 18 Parlamentssitze zu erreichen,

## Spitzenkandidat Molau

In einem Artikel der konservativen „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ) vom 7.8.07 wird der Spitzenkandidat der NPD für Niedersachsen, Andreas Molau skizziert: „(Er) ... ist der vielleicht gefährlichste Rechtsextremist in Deutschland, weil er so nett ist, weil er so gebildet ist und weil er so gut reden kann. Ihn kann man sich als prügelnden Skinhead kaum vorstellen. Der 39jährige bemüht sich in diesen Wochen eifrig, alle rechten Gruppen und Grüppchen zusammenzutrommeln für sein großes Ziel: ... Zu allen Gruppen und Initiativen, die sich rechts oder auch weit rechts empfinden, pflegt er Kontakt und sucht Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Auch Jürgen Rieger, der im Raum Verden aktiven Rechtsradikalen, schließt er dabei nicht aus. Beim Landesamt für Verfassungsschutz leuchten deshalb die Alarmlampen, wenn der Name Molau fällt: „Er geht raffiniert vor und bindet auch gewaltbereite Neonazis ein“, ... „So freundlich Molau bei seinen Auftritten erscheint, im Hintergrund sind auch ganz andere Kräfte am Werke. Seinen Landtagswahlkampf managt beispielsweise Stefan Köster, der NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern. Der ist im vergangenen Jahr wegen Körperverletzung verurteilt worden, weil er eine am Boden liegenden Frau trat.“

### Kameradschaften

In der Wahlkampfzeitung der NPD Niedersachsen wird unter der Adresse [www.freies-niedersachsen.net](http://www.freies-niedersachsen.net) auf die Kameradschaften verwiesen. Auf der Seite ist zu lesen: „Diese Seite dient als Verweisseite für verschiedenste haupt-

sächlich aus Niedersachsen stammende Gruppierungen, Bündnisse, (lockere) Zusammenschlüsse, Projekte und Aktionen des FREIEN WIDERSTANDES. Die einzige Lösung für die Probleme in unserer Heimat und die einzige wahre Opposition in unserem geliebten Vaterland ist die soziale und nationale Bewegung. Unterstützt die außerparlamentarische Opposition der freien, sozialen und nationalen Kräfte! Wählt die einzige parlamentarische Opposition in die Landtage und den Bundestag - wählt NPD!“ (Quelle: Internetseite npd-niedersachsen, 8.8.07)

Zu den Kameradschaften führt Andreas Speitl in der Broschüre „Rechtsextremismus in Norddeutschland“ aus: „Die Situation der Szene zwischen NPD und Freien Kameradschaften ist im Norden sehr unterschiedlich. Aber die Orientierungen sind einheitlich. In Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen bemühen sich NPD und Freie Kameradschaften: Aktuelle gesellschaftliche Konflikte und Themen aufzugreifen, streben eine kommunal- und regionalpolitische Etablierung und Integration an, suchen die politische Auseinandersetzung und festigen die gezielte Kooperation miteinander. Eine Professionalisierung ihrer Politik versuchen sie weiter voranzutreiben. Oft brems das fehlende politische Know-how und die soziale Kompetenz diese vielschichtigen Bemühungen. Aber längst bewegen sich NPD und Freie Kameradschaften souveräner und strategischer in der politischen Landschaft.“

bee ■

darunter der zur Zeit inhaftierte Holocaust-Leugner Rigolf Hennig.

In einer Auflage von einer Million wird „Gemeinsam für Niedersachsen“ in den nächsten Wochen an die Haushalte des Landes verteilt werden. »Damit wollen wir zu einem frühen Zeitpunkt den

Bürgern unsere Position verdeutlichen«, erklärte NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau. Ziel, so Molau, sei der Einzug in den Landtag in Hannover.

Dieses zu verhindern muss das vorrangige Ziel des Bündnisses sein.

bee ■

### Dokumentiert: Wurfsendung der NPD Niedersachsen zur Landtagswahl

„An alle Haushalte mit Tagespost – Sicher leben OHNE Multikulti – Droht ein Bürgerkrieg in deutschen Städten?

Völlig unverständlich ist das lasche Eingreifen der Polizei gegen ausländische Kriminelle.

Ausländische Bandenkriminalität, Messerstechereien vor Diskotheken, Prügeleien in und vor Schulen, Drogenkriminalität usw. haben niedersächsische Städte in den vergangenen Jahren zu wahren „Gangster-Molochs“ werden lassen. Die niedersächsische Polizei faßt diese Kriminellen nicht selten mit Samthandschuhen an. Die Polizisten können und dürfen meist gar nicht anders, da sie nach der Gesetzgebung quasi sich erst wehren dürfen, wenn sie bereits fast erschossen, erstochen oder verprügelt worden sind. Und ein harter Zugriff könnte den Beamten zudem den Vorwurf einbringen, „ausländerfeindlich“ zu sein. Kein Wunder also, daß in den großen Städten Niedersachsens die Kriminalität blüht.

Wir wollen mit den Menschen in Niedersachsen an einer neuen Zukunft arbeiten:

- Wir Deutsche müssen wieder den Mut aufbringen, deutsch zu sein!
- Wir wollen sicher leben ohne Multikulti – Volksgemeinschaft statt Bürgerkrieg!
- Es muß endlich Schluß sein mit der einseitigen Bevorzugung ausländischer Gastarbeiter gegenüber der einheimischen deutschen Bevölkerung!
- Heimreise statt Einreise – denn deutsche Kinder braucht das Land!
- Einheimische Familien müssen finanziell unterstützt werden!
- Deutsche Kinder müssen in extra Schulklassen unterrichtet werden, wenn sie zur Minderheit geworden sind!
- Kriminelle Ausländer raus aus Niedersachsen und raus aus Deutschland!
- Drogensumpf trockenlegen – Todesstrafe für Drogendealer!“

Quelle: Internetseite npd-niedersachsen, 8.8.07

„Manchmal erhielten wir beim Wechseln des Drilllichzeugs Jacken, die geflickt waren. Ein kleiner Flicker vorn, ein großer Flicker hinten. Wir wussten dann: In diesen Jacken waren unsere Kameraden erschossen worden.“ Als der alte Herr am Rednerpult diese Worte ausspricht, ist es ganz still im Publikum, das der Eröffnung der Ausstellung „Was damals Recht war – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ im Kölner NS-Dokumentationszentrum beiwohnt.

Der alte Herr ist Ludwig Baumann, Vorsitzender der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“, der sich dem Dienst bei der Wehrmacht entzog, nach einem nur 40 Minuten dauernden Prozess zum Tode verurteilt wurde, zehn Monate in der Todeszelle saß, immer mit der Angst, ermordet zu werden wie ca. 20.000 andere Männer, die das Morden der Wehrmacht nicht länger mitmachen wollten. Ludwig Baumann wurde begnadigt und überlebte den Krieg. Seine grauenvollen Erlebnisse verfolgen ihn heute noch.

Ludwig Baumann war einer der Redner, die bei der Eröffnung der Ausstellung am 10. August im NS-Dokumentationszentrum sprachen. Die Ausstellung wird bis zum 21.10. dort zu sehen sein. In ein-

## Wehrmachtsjustiz:

# Die Blutrichter machten nach dem Krieg Karriere

druckvollen Worten schilderte er exemplarisch sein Schicksal. „Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muss sterben“ – mit diesen Worten hatte Adolf Hitler angeordnet, wie mit Menschen, die sich dem Krieg entzogen hatten, verfahren werden sollte. Und die meisten Militärrichter hielten sich an die Weisung des „Führers“: Gegen Deserteure wurden über 30.000 Todesurteile von Militärgerichten verhängt, über 20.000 wurden davon vollstreckt. Den Blutrichtern, die die Terrorurteile verhängt hatten, schadeten ihre Justizverbrechen nach der Befreiung vom Faschismus nicht: Kein einziger dieser Herren wurde verurteilt, die meisten machten im Gegenteil Karriere.

Erst 2002 wurden die meisten Opfer der NS-Wehrmachtsjustiz vom Bundestag rehabilitiert. Das betrifft allerdings immer noch nicht die Menschen, die wegen „Kriegsverrat“ ermordet wurden. „Kriegsverrat“: das konnte die Warnung der Zivilbevölkerung in von den Nazis besetzten Ländern vor Terroraktionen der Wehr-

macht sein, der Versuch der Rettung von Juden, das Überlaufen zum „Feind“. Die Menschen, die wegen dieses Vorwurfs ermordet wurden, gelten noch heute als Verbrecher. Ludwig Baumann forderte auch ihre Rehabilitation und brachte diese Forderung so auf den Punkt: „Was kann man besseres tun, als den Krieg zu verraten? Kriegsverrat ist eine Friedenstat“.

Im Rahmen der Ausstellung werden verschiedene Begleitveranstaltungen zum Thema stattfinden, darunter auch die Präsentation von Ergebnissen einer Kölner Arbeitsgruppe, die sich mit den Schicksalen von Kölner Opfern der Nazi-Militärjustiz beschäftigt. Sie will mit ihrer Arbeit die vom Rat der Stadt beschlossene Errichtung eines Denkmals für die Ermordeten unterstützen. tri ■

NS-Dokumentationszentrum Köln, Appellhofplatz 23-25, Öffnungszeiten: di-fr 10-16 Uhr, do 10-18 Uhr, sa, so 11-16 Uhr



**Wieder einmal hat die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Öffentlichkeit das Ende ihrer Tätigkeit erklärt. Endgültig jetzt, heißt es. Denn diesmal wurden auch ihre Strukturen aufgelöst. Auftrag erfüllt? Kommt drauf an, was man für ihren Auftrag hält.**

Die Verantwortlichen jedenfalls fanden es nicht einmal erwähnenswert, dass anlässlich ihrer letzten Sitzung die Nichtbearbeitung einer nach wie vor unbekanntem Anzahl von Anträgen bekannt geworden war. Überlegungen hinter den Kulissen, ob man hierauf reagieren sollte, wurden schließlich verworfen. Man verließ (und verlässt) sich auf das Desinteresse der Öffentlichkeit und schwieg. Denn selbst die parlamentarische Opposition hatte lediglich Pflichtarbeit geleistet. Dabei gelang es den Grünen sogar, den Linken mit der Forderung nach Aufhebung der Antragsfristen für Stiftungsleistungen den Rang abzulaufen.

Damit war der Weg für den Medienauftritt von Köhler und Merkel frei. Sie nutzten den Anlass, um erneut ihre bekannte zeitgeschichtliche Generallinie zu propagieren: Ende der materiellen Leistungen, ja, – Ende der „moralischen Verantwortung“, nein.

Allerdings kollidierten ihre Statements mit dem Umstand, dass man in Italien deutsche Staatsliegenschaften gepfändet hatte, um das positive griechische Urteil für die Wehrmachtsoffer von Distomo mit Hilfe einer Versteigerung dieser Immobi-

# Verordnete Erinnerung

**Die Einstellung der Entschädigungszahlungen an NS-Zwangsarbeiter ist Teil einer weitreichenden Umprägung des historischen Gedächtnisses.**

von Rolf Surmann

lien vollstrecken zu können. Was in Griechenland mit dem Goethe-Institut infolge der Intervention des griechischen Justizministers und deutschen diplomatischen Drucks nicht gelang, ist jetzt in Italien offenbar auf einem guten Weg. Allerdings eröffnet sich damit für die übergroße Mehrheit der griechischen Wehrmachtsoffer nicht die Möglichkeit, ihre Forderungen jetzt auf juristischem Weg durchzusetzen. Denn da der Europäische Gerichtshof Deutschland das Recht eingeräumt hatte, sich hinsichtlich seiner Verbrechen gegen die Menschheit auf das Prinzip der Staatenimmunität zu berufen, sind weitere Klagen in Griechenland nach der aktuellen Rechtslage nicht zulässig.

Dennoch hätte der Kontrast nicht schärfer sein können: einerseits eine Gesellschaft, die arrogant ihre „Wiedergutmachung“ präsentiert und mittlerweile selbst ihre Schulkinder zur Beschäftigung mit Verbrechen animiert, die ihr noch vor einigen Jahren selbst durch internationale Vorhaltungen kaum gegenwärtig zu machen waren; andererseits im Aus- wie im Inland Opfergruppen, die noch immer um ihr Recht auf Entschädigung kämpfen und wie im Fall Distomo sogar formaljuristisch einen Anspruch darauf haben – von

der grundsätzlichen Legitimität ihrer Forderungen ganz abgesehen. Die für diese Lage Verantwortlichen können einen solch eklatanten Widerspruch nur im festen Glauben bestehen lassen, dass sie die noch verbleibenden Entscheidungsprozesse in ihrem Verlauf und in ihrer politisch-gesellschaftlichen Wirkung kontrollieren können.

## „Moralische Verantwortung“

Über die mit dieser geschichtspolitischen Haltung korrespondierende „moralische Verantwortung“ ist damit schon viel gesagt. Doch hat die Bundesregierung aus Anlass der Zahlungseinstellung eine Initiative gestartet, die dem weitere Aspekte hinzufügt. Es geht dabei um einen neuen Gesetzentwurf für den Fonds „Erinnerung und Zukunft“, der immer schon konstitutiver Bestandteil der sogenannten Zwangsarbeiterstiftung war. Ursprünglich sollte er nach den Vorstellungen der deutschen Wirtschaft sogar mit der Hälfte des insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzvolumens ausgestattet werden, weil – wie einer ihrer Vertreter launig formulierte – das Geld zum Ausgleich der angerichteten Schäden sowieso nie reichen würde und man sich deshalb auf die Verhinderung

ähnlicher Verbrechen in der Zukunft konzentrieren solle. In den Verhandlungen über das Stiftungsabkommen konnten dann die Vertreter der Opfer angesichts des Umstands, dass die zur Verfügung stehende Geldsumme selbst für den als leistungsberechtigt erachteten Personenkreis nicht ausreichen würde, die Mittel für den „Zukunftsfonds“ zugunsten der direkten Auszahlungen deutlich einschränken. Umstritten blieb aber immer, für welche Zwecke dieser Fonds eingesetzt werden sollte.

Angesichts der Verweigerung weiterer materieller Leistungen ist der „Zukunftsfonds“ jetzt das letzte Überbleibsel der Stiftung. Das will die Bundesregierung zum Anlass nehmen, die Entscheidungsstrukturen – wie sie es nennt – zu „vereinfachen“. Das Kuratorium, das bisher mit den an den Verhandlungen beteiligten Interessensvertretungen weitgehend paritätisch besetzt war, soll auf 19 Mitglieder verkleinert werden. Nicht länger dabei, so die Planung, sind etliche osteuropäische Vertretungen, aber auch NGOs wie der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, der im Vorfeld der Stiftungsgründung innerhalb Deutschlands eine äußerst wichtige Kraft für die Durchsetzung der Zwangsarbeiterinteressen war. Aber auch die vom Deutschen Bundestag entsandten Vertreter sollen von fünf auf vier reduziert werden. Ulla Jelpke von der Fraktion Die Linke darf dies als indirekte Anerkennung ihrer Arbeit werten.

Entscheidend ist jedoch, dass dem Kuratorium ein Stiftungsrat vorgesetzt werden soll, der sämtliche Grundsatzfragen vorab entscheidet, während sich das „gesäuberte“ Kuratorium nur noch um das eine oder andere Projekt balgen darf. Über den Stiftungsrat heißt es im Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums: „Der Entwurf sieht vor, dass ein Teil der Aufgaben des Kuratoriums zukünftig von einem aus wenigen Personen bestehenden Stiftungsrat übernommen wird. Hierzu gehören vor allem die Entscheidung über die organisatorischen Grundsätze der Stiftung, über die Förderrichtlinien, über Haushalts- und Satzungsangelegenheiten sowie die Wahl und Beaufsichtigung des Vorstandes.“ Ihm sollen acht Mitglieder angehören: Der Vorsitzende wird vom Bundeskanzler bestimmt, zwei Mitglieder werden vom Deutschen Bundestag delegiert (vermutlich aus dem Kreis der Regierungsparteien), jeweils ein Vertreter des Bundesfinanzministeriums und des Außenministeriums kommen hinzu, und schließlich entsendet die deutsche Wirtschaft drei Interessenwahrer.

Deutlicher lässt sich kaum zum Ausdruck bringen, wie wichtig die Kontrolle über die Erinnerungspolitik für Wirtschaft und Staat ist.

Natürlich gab es Proteste von denjenigen, die von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden sollen. Einige verwiesen darauf, dass die bisherige Kuratori-

umszusammensetzung die schwierige Entscheidungsfindung bei der Stiftungsgründung zum Ausdruck bringe und die Verkürzung der bisherigen komplexen Entscheidungsstruktur gerade in erinnerungs- und „zukunfts“-politischer Hinsicht nicht plausibel sei.

Andere drückten es direkter aus: Der polnische Kuratoriumsvertreter sagte dem „Tagesspiegel“, dieser Vorstoß der deutschen Regierung sei ein höflicher Versuch, einen ungewollten Partner loszuwerden. Der tschechische Vertreter merkte an, dass man Tschechien nicht mehr dabei haben wolle, erzeuge kein angenehmes Gefühl. In einem Brief an den Kuratoriumsvorsitzenden Kastrup protestierten Polen, die Ukraine, Weißrußland, Tschechien, Russland und die Jewish Claims Conference gemeinsam gegen die Regierungspläne.

Es wäre jedoch ein Irrtum, wollte man die aktuelle politische Entscheidungsfindung in Deutschland bloß als „Durchmarsch“ nach dem Motto „Wer zahlt, bestimmt“ begreifen. Denn die Berliner Administration hat den eigenen Vorstoß relativiert und beschlossen, die Diskussion gegen Ende des Jahres im Kreis des bisherigen Kuratoriums fortzusetzen.

Zeugt diese Reaktion von „zivilgesellschaftlichem“ Handeln? Kaum. Es dürfte sich in diesem Fall vielmehr um die Fehlspekulation von Ministerialbeamten handeln, welche die deutsche Arroganz in Entschädigungsfragen schematisch auf die Ebene der Erinnerungspolitik übertragen wollten, dabei jedoch übersahen, dass das in Europa ungleich komplizierter ist und noch nicht dem deutschen Diktat folgt. Also nimmt man sich zurück, ähnlich übrigens wie bei der Kontroverse über das Verhältnis von Entschädigungsleistungen und Zukunftsaktivitäten. Nur geht es diesmal um die Präzisierung der Erinnerungs- und Zukunftsaktivitäten, von denen sich die Vertretungen der NS-Opfer angesichts ihrer Differenzen mit den deutschen Vorstellungen nicht ausschließen lassen wollen. Das wäre auch nicht besonders klug. Denn das Beispiel zeigt, dass „deutsche Verantwortung“, auch wenn sie „moralisch“ wird, den Interessen der NS-Opfer nicht entspricht.

### **Der Verordnungsweg**

Weder ist die angestrebte Revision der Stiftungsorganisation eine beiläufige Fehlleistung noch ihre vorsichtige Relativierung das Ergebnis einer Kritik, die auf den möglichen außenpolitischen Schaden für die Bundesrepublik verweist. Denn letztlich wollten die Beamten lediglich auf die internationale Ebene übertragen, was hierzulande längst praktiziert wird. Der Wandel von einer durch gesellschaftliche Initiativen geprägten Erinnerungskultur, die den offiziellen Stellen lange Zeit ein Dorn im Auge war, zu einer zentral gesteuerten Erinnerungspolitik wird an den beiden Entwürfen der CDU/CSU-Fraktion für ein

neues Gedenkstättengesetz beispielhaft erkennbar. Er zeigt sich aber immer wieder auch im politisch-kulturellen Alltag.

Dafür stehen nicht nur bekannte Fälle wie der Daueraffront der sächsischen Landesregierung gegen die NS-Opferverbände. Selbst wenn eine Einrichtung wie das Dresdner Hygiene-Museum unter dem Titel „Tödliche Medizin“ eine Ausstellung zu den Euthanasie-Morden in der Nazizeit präsentiert, geschieht Erstaunliches: Die Einladung zur Eröffnungsveranstaltung enthielt den Kleidungshinweis „Straßenanzug oder Uniform“, der Bundesinnenminister höchstpersönlich hielt die Hauptrede – beides hat es für Veranstaltungen mit dieser Thematik bisher nicht gegeben –; die Opferorganisation (der Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten) fand bei der Begrüßung keine Erwähnung und ihre Vertretung, im Unterschied zu den illustren Gästen, keine reservierten Plätze. Hinzu kam, dass man der Bitte, die von den Opfern herausgegebene Literatur dem Ausstellungspublikum zugänglich zu machen, nicht entsprach und es dem Vertreter der Opfer lediglich gelang, in dem sowohl umfangreichen wie auch teuren Begleitprogramm mit Funk und Fernsehen nur während einer zweistündigen Abendveranstaltung ein kurzes Statement abzugeben. All das erweckt den Eindruck, dass hier nicht nur neue professionelle Akteure das historische Gedächtnis prägen wollen, sondern dass mit ihnen auch eine Verschiebung von Inhalten einhergeht.

Für Verwunderung und Überraschung gibt es jedoch keinen Anlass. Denn es handelt sich bei der Zentralisierung und Politisierung der Erinnerungsdebatten um die Realisierung einer Kohlschen Maxime vom Beginn seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Man müsse die Deutungshoheit über die Geschichte erringen, um die Zukunft zu beherrschen, war ein zentraler Merksatz der von ihm propagierten „geistig-moralischen Wende“.

Bekanntlich stammen die ersten entsprechenden Projekte – etwa das „Haus der Geschichte“ aus dieser Zeit. Neu ist allenfalls, dass es damals noch heftigen Widerstand gegen die politischen Instrumentalisierungsversuche des historischen Gedenkens gab, während heute bloß noch um Modifikationen im Rahmen eines großen Konsenses gestritten wird. Da wäre es denn auch beinahe fahrlässig, wenn Wirtschaft und Politik in Deutschland angesichts des Umstands, dass sie Ende der neunziger Jahre dem Druck der Weltmeinung nachgeben und ihre entschädigungspolitische Verweigerungshaltung gegenüber den NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aufgeben mussten, heute nicht versuchen würden, sich den Zugriff auf ein Instrument der Deutungsmacht wie den „Zukunftsfonds“ zu sichern.

*Der Artikel ist in KONKRET 8/07 erschienen und wurde vom Autor freigegeben ■*

### Flüchtlingsrat kritisiert Umsetzung der Bleiberechtsregelung in Niedersachsen

NIEDERSACHSEN. Die Zahl der Flüchtlinge, die von der Bleiberechtsregelung profitiert und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Der Flüchtlingsrat sieht sich in seiner Kritik an der Bleiberechtsregelung der Innenminister bestätigt und fordert den niedersächsischen Innenminister auf, die Spielräume bei der Umsetzung der nunmehr beschlossenen gesetzlichen Bleiberechtsregelung besser zu nutzen und den Ausländerbehörden eine großzügigere Umsetzung der Bleiberechtsregelung entsprechend dem Beispiel seines Amtskollegen in Schleswig-Holstein zu ermöglichen.

Bis zu 7000 Personen sollten den Verlautbarungen des Innenministeriums von April zufolge in Niedersachsen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. Von dieser Vorgabe ist das Land allerdings noch weit entfernt.

Am 30.6.2007 hielten sich 20.716 geduldete Personen in Niedersachsen auf. 12.736 Personen mit einem Aufenthaltszeitraum von sechs Jahren und 8.674 mit einem Aufenthaltszeitraum von acht Jahren. Bis zum 30.6.2007 wurden 6048 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt. Bislang wurden lediglich 1.599 Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Abs. 1 AufenthG erteilt. Gerade einmal 12,5 Prozent der seit mindestens sechs Jahren geduldeten Flüchtlinge haben also bis zum 30.06.2007 ein Bleiberecht erhalten. 661 Anträge wurden bislang abgelehnt oder zurückgenommen.

gez. Kai Weber

Flüchtlingsrat Niedersachsen

Quelle: flucht mailing list - 08/2007 ■

### Teilhabe – Teil werden! Interkulturelle Woche 2007

„Teilhabe – Teil werden!“ – so lautet das Motto der Interkulturellen Woche/ Woche der ausländischen Mitbürger 2007, die vom 23. bis 29. September stattfindet.

Die Initiative geht zurück auf die Deutsche Bischofskonferenz, die Evangelische Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropole; sie wird jedoch auch von den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Ausländerbeiräten, Integrationsbeauftragten und verschiedenen anderen Gruppen unterstützt und mitgetragen. In diesem Jahr ist die Woche in das Europäische Jahr der Chancengleichheit eingebettet und thematisiert Möglichkeiten und Begrenzungen der Partizipation von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen: Welche Erfahrungen gibt es aus Schule, Ausbildung

und Beruf? Welche Maßnahmen wirken Diskriminierung entgegen? Wie können sich Religionsgemeinschaften in die Gesellschaft einbringen? Wie steht es um das Einbürgerungsrecht und um den Familiennachzug? Und: Welche Perspektive haben Menschen ohne Papiere?

Weitere Infos und Materialien: [www.interkulturelle-woche.de](http://www.interkulturelle-woche.de)

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt August 2007“ ■

### Bessere Lebensbedingungen gefordert

BRANDENBURG. Etwa 100 Menschen haben am Freitag in Forst (Spree-Neiße) bessere Lebensbedingungen für Asylbewerber gefordert. Die Teilnehmer der Demonstration protestieren gegen Auslän-



derfeindlichkeit und übten auch an Behörden Kritik. So wurde etwa verlangt, die Verwaltung müsse mehr Entgegenkommen und Flexibilität in Sachen Aufenthaltsort für Asylbewerber zeigen.

Landrat Dieter Friese (SPD) wies Vorwürfe gegen seine Verwaltung zurück. „Nicht der Landkreis, sondern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet über das Asyl“, sagte er. Wenn ein Antrag abgelehnt werde und der Betroffene dagegen klage, könne das lange dauern. Im April 2006 hatte sich ein Asylbewerber in Forst das Leben genommen. Der Chinese war wegen Depressionen in ärztlicher Behandlung.

Unterdessen zog Brandenburgs Innenministerium eine erste Bilanz des neuen Bleiberechts. Demnach haben seit der Einführung der neuen Regelungen 321 ausreisepflichtige Ausländer im Land eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Zudem durften 285 zunächst befristet bis zum 30. September bleiben, um eine Arbeitsstelle zu finden. Insgesamt hätten 1078 Ausreisepflichtige das Bleiberecht beantragt, hieß es weiter. 173 Fälle seien abgelehnt worden. In Brandenburg leben etwa 3700 ausreisepflichtige Ausländer.

Die Innenminister der Länder hatten im November 2006 das Bleiberecht reformiert. Demnach können Ausländer mit einem ständigen Arbeitsplatz ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht beantragen.

Quelle: <http://www.rbb-online.de-flucht@nds-fluerat.org> ■

### Binali Soydan wurde freigelassen!

Binali Soydan, der am 19. Juni 2007 aufgrund eines Auslieferungsantrages der Türkei und der Zustimmung eines Gerichtes verhaftet und in der JVA Köln-Ossendorf festgehalten wurde, wurde am 30. Juli 2007 freigelassen. Binali Soydan war insgesamt 40 Tage inhaftiert.

Binali Soydan hatte am 23. Juli 2007 aus Protest gegen seine willkürliche Verhaftung aufgrund eines auf falschen Behauptungen basierenden Auslieferungsantrages und die dabei zutage gelegte Ignoranz gegenüber Gegendarstellungen mit einem unbefristeten Hungerstreik begonnen. Eine Woche seiner Haft verbrachte er mit Hungerstreik.

Vom Augenblick seiner Verhaftung an sind wir europaweit aktiv geworden, um Binali Soydans Freilassung zu erreichen. So wurden Presseerklärungen in Köln und anderen deutschen Städten, sowie in Paris, Basel und Zürich abgegeben. Vor dem Ausländeramt, der JVA-Ossendorf und deutschen Vertretungen in Paris und Zürich wurden Protestkundgebungen abgehalten. Es wurden auch Infostände an vielen Orten Deutschlands aufgestellt und eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Der Vorfall wurde Tausenden Adressen gemeldet und verschiedene Personen, Einrichtungen und Institutionen zur Solidarität aufgerufen und Protestschreiben an das Innenministerium des NRW vorbereitet. Daneben erging ein Aufruf an Menschenrechtsorganisationen, wie etwa Amnesty International, Reporter ohne Grenzen, die Menschenrechtskommission der UN, den Hohen Flüchtlingskommissar der UN und alle regionalen Menschenrechtsverbände. Und unsere Kampagne fand natürlich auch in der Türkei breite Resonanz. Genossen von der BDSP (Vereinigte Revolutionäre Sozialistische Partei) hielten eine Protestkundgebung vor dem deutschen Konsulat in Istanbul ab.

Bei der Freilassung Binali Soydans spielte unsere Initiative eine wichtige Rolle. Jedoch darf die nicht zu unterschätzende Unterstützung türkischer revolutionärer Kreise und progressiver und revolutionärer Personen, Einrichtungen und Institutionen besonders aus Deutschland vergessen werden. ... Schließlich waren diese Anstrengungen und der gemeinsam ausgeübte Druck erfolgreich. Binali Soydan wurde freigelassen.

Binali Soydan ist jetzt in Freiheit, aber das ist noch kein Grund zur Freude, denn die Bedingungen, die ihn und andere ins Gefängnis brachten, sind nach wie vor unverändert. ... Die Sensibilität und der Widerstand gegen diese Angriffe muss dauerhaft bleiben.

aus der Erklärung von BIR-KAR Plattform für die Einheit der Arbeiter und Völkerfreundschaft, Quellen: [duisburg@rote-hilfe.de](mailto:duisburg@rote-hilfe.de) (1.8.07) ■

## Menschenrechtsdefizite sind Folgen gezielter Ausgrenzungspolitik

Im Oktober 2006 hat Thomas Hammarberg, der Menschenrechtskommissar des Europarats, Deutschland besucht. Sein jetzt vorliegender Bericht beschäftigt sich auch mit der Frage, wie es mit der Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen im Bereich Asyl und Einwanderung steht. Trotz aller diplomatischen Formulierungen: Hammarbergs Bericht ist eine massive Kritik insbesondere an der deutschen Flüchtlingspolitik, die er in vielfacher Hinsicht als nicht menschenrechtskonform ansieht. Nach Auffassung von PRO ASYL muss Hammarbergs Kritik Folgen haben. Die kritisierten Defizite sind das Ergebnis einer langjährigen Ausgrenzungspolitik.

**Widerrufsverfahren:** Der Menschenrechtskommissar ist besorgt über die deutsche Politik bei der Aberkennung des Flüchtlingsstatus und fordert eine Überprüfung der Praxis. Es müsse geprüft werden, ob sie überhaupt mit der Genfer Flüchtlingskonvention übereinstimme, was auch UNHCR bezweifelt. Hammarberg weist darauf hin, dass die Gewährung internationalen Schutzes Flüchtlingen ein Sicherheitsgefühl vermitteln soll, dass nicht durch eine permanente Überprüfung ihres Status gefährdet werden darf. Damit reagiert Hammarberg darauf, dass Deutschland die europäische Spitzenposition bei der Zahl der Widerrufsverfahren gegen anerkannte Flüchtlinge hat.

**Duldung und Bleiberecht:** Der Kommissar vertritt die Auffassung, dass Duldungen für kurze Zeiträume gerechtfertigt sein können, stellt jedoch fest: „Werden sie jedoch über mehrere Jahre, ja sogar Jahrzehnte angewendet, so kann aus diesem Unsicherheitsstatus eine Verletzung der Würde des Menschen erwachsen.“ Er begrüßt die von der Innenministerkonferenz im November 2006 beschlossene Bleiberechtsregelung, kritisiert aber die geforderte Aufenthaltsdauer und weitere Beschränkungen als zu rigide. Deutschland sei besonders restriktiv bei der Anerkennung des Flüchtlingsstatus gewesen, so dass viele der derzeit Geduldeten deswegen keinen Zugang zu einem Flüchtlingsstatus gehabt hätten. Das ist eine Diagnose, die PRO ASYL in vollem Umfang teilt.

**Rechtsmittel/Rechtsberatung:** Hammarberg empfiehlt, dass Asylbewerber zu Beginn ihres Antragsverfahrens eine obligatorische kostenlose Rechtsberatung erhalten, was bislang nicht der Fall ist. Der Kommissar setzt sich dafür ein, dass Asylsuchende, die wegen der Zuständigkeit eines anderen Staates im Rahmen des sogenannten Dublin II-Verfahrens in einen anderen Staat verbracht werden sollen, einen Rechtsschutz gegen diese Entschei-

dung haben. PRO ASYL kritisiert, dass die jüngste Änderung des Zuwanderungsrechts in die Gegenrichtung geht.

**Flüchtlingslager und Residenzpflicht:** Der Kommissar hat im Oktober 2006 ein Sammellager für Flüchtlinge in München besucht und begründet von den dort gemachten Erfahrungen ausgehend seine Kritik. Die Unterbringung in Lagern sei dem Wohlbefinden der Betroffenen abträglich. Würden sie mit Sachleistungen in Form von Nahrung und Kleidung versorgt, so sei die Achtung ihrer Privatsphäre in Frage gestellt. Aufnahmebedingungen dürften nicht zur Marginalisierung von Asylsuchenden führen. Besorgt ist der Kommissar auch über den jahrelangen obligatorischen Aufenthalt von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften und die strengen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit. Wenn diese Beschränkungen über Jahre andauern, entspreche dies möglicherweise nicht in vollem Umfang den einschlägigen Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention.

**Abschiebungshaft:** Hammarberg empfiehlt den deutschen Behörden, das Vorliegen von Haftgründen vor dem Antrag auf Abschiebungshaft sorgfältig zu prüfen. Abschiebungshaft müsse umfassend gerechtfertigt sein und sei nur dann zulässig, wenn die Abschiebung in unmittelbarer Zukunft durchgeführt werden kann. Die deutschen Behörden müssten die Dauer der Abschiebungshaft drastisch reduzieren. Eine weitere Empfehlung des Kommissars: Abschiebehäftlingen soll eine kostenlose Rechtsberatung zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der im europäischen Vergleich extrem langen Haftdauer hält PRO ASYL die Umsetzung dieser Empfehlung für besonders dringend. *gez. Bernd Mesovic Referent*  
*Quelle: Presseerklärung Pro Asyl - flucht@nds-fluerat.org 6.8.07* ■

## Ausländerabwehr geht vor Kinderschutz und Kinderrechten

BERLIN. Die Bundesregierung bekennt sich offensiv zu den kinderfeindlichen Aspekten deutscher Migrationspolitik. Sie behauptet: Eine Rücknahme der vor 15 Jahren abgegebenen Erklärung zur UN-Kinderrechtskonvention wäre migrationspolitisch bedenklich (Antwort der Bundesregierung BT-Drucksache 16/6076 - auf eine Große Anfrage der Grünen). Deutschland hat 1992 eine Erklärung zur Kinderrechtskonvention hinterlegt, die im Grunde bedeutet, dass auf dem Vorrang deutscher Ausländergesetze vor Geist und Inhalt der Konvention beharrt wird.

PRO ASYL wertet die Aussage der Bundesregierung als Bekenntnis gegen das Kindeswohl, das die Kinderrechtskonvention in den Vordergrund stellt. 16- bis 18-Jährige sollen weiter unter denkbar

schlechten Bedingungen mit Erwachsenen in Flüchtlingslagern oder während des Flughafenasylverfahrens im Transitbereich untergebracht werden. Sie sollen weiterhin, obwohl von der komplizierten Materie überfordert ausländerrechtlich handlungsfähig sein. In Kürze wird man nach Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsrechts von ihnen verlangen, den Beweis für ihre Minderjährigkeit selbst zu erbringen.

Rechtsunsicherheiten bei der Anwendung des nationalen Aufenthalts- und Asylrechts gibt die Bundesregierung zur Erklärung an und bezieht sich auf die Abwehrhaltung von zwölf Bundesländern, die die Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention nicht wegfallen lassen wollen. Föderalismus in Sachen Ausländerrecht und Kinderschutz ist systematisch geteilte Verantwortungslosigkeit, kommentiert PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic die Ablehnungsfront von Bund und Ländern.

Vor Kurzem hat Thomas Hammarberg, der Menschenrechtskommissar des Europarates, seinen Deutschlandbericht vorgelegt. Darin kritisiert er die Behandlung minderjähriger Asylbewerber als Erwachsene. Er weist darauf hin, dass die EU-Richtlinien zum Asyl unbegleitete Minderjährige als Kinder unter 18 definieren. Entsprechend hat er die deutschen Behörden aufgefordert, Asylsuchende zwischen 16 und 18 Jahren als Minderjährige zu behandeln und die deutsche Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention in Übereinstimmung mit den UN-Empfehlungen zurückzuziehen. Vor diesem Hintergrund erscheint die deutsche Position als anmaßend.

*gez. Bernd Mesovic Referent  
Presseerklärung Pro Asyl e.V. ■*

## Zweifelhafte „Erfolge“ bei der Flüchtlingsabwehr

BERLIN. Medienberichten zufolge ist die Zahl der afrikanischen Flüchtlinge, die über die See versuchen nach Spanien zu gelangen, rund um die Hälfte gesunken. Gleichzeitig wurden 40 % mehr Menschen aus Spanien abgeschoben. Für die „Grenzsicherung“ erhält Spanien im letzten und in diesem Jahr von der EU 87 Millionen Euro. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag:

„Der Rückgang der Zahlen ist ein sehr zweifelhafter Erfolg der europäischen Flüchtlingsabwehr. Er bedeutet, dass immer weniger Menschen überhaupt noch versuchen, in die EU zu gelangen, darunter auch viele politische Flüchtlinge. Wenn sie den gefährlichen Weg über das Mittelmeer oder den Atlantik geschafft haben, werden sie gleich wieder abgeschoben. Spanien und die EU verletzen so systematisch das Gebot der Nicht-Zurückweisung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK).

Ziel der Abschiebungen sind Länder wie Marokko oder Mauretanien, in denen Flüchtlinge keinen Schutz erhalten. Ganz im Gegenteil müssen sie dort schwere Menschenrechtsverletzungen fürchten. Schon mehrmals sind Fälle öffentlich geworden, in denen Flüchtlinge von der marokkanischen Polizei in der Wüste an der Grenze zu Algerien ausgesetzt wurden.

Die Bundesrepublik beteiligt sich an dieser Flüchtlingsabwehr mit Geld und Ressourcen. Zwei der drei Hubschrauber, mit denen die Grenzschutzagentur FRONTEX das Meer nach Bootsflüchtlingen absucht, stammen von der Bundespolizei. Sie stellt auch das Personal dafür zur Verfügung.

Statt noch mehr Geld in die Perfektionierung der Grenzabschottung zu investieren, sollten die EU-Staaten für einen menschenrechtskonformen Umgang mit Flüchtlingen sorgen. Die anstehende Harmonisierung des Asylrechts in der EU könnte eine Chance dafür sein.“

*Berlin, den 8. August 2007  
Ulla Jelpke, MdB  
Innenpolitische Sprecherin  
Fraktion DIE LINKE ■*

## Freie Wahl des Wohnsitzes für Flüchtlinge

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) kritisiert die Praxis deutscher Behörden, anerkannten Flüchtlingen und Personen, die aus menschenrechtlichen Gründen vor Abschiebung geschützt werden (sog. subsidiär schutzberechtigte Personen), keine freie Wahl des Wohnsitzes zu ermöglichen, wenn sie öffentliche Sozialleistungen beziehen. Diese Maßnahme sei „unvereinbar mit dem Völker- und Europarecht“.

In einer am 10. August veröffentlichten Stellungnahme betont die UN-Organisation, entsprechende Auflagen für die Betroffenen würden gegen die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sowie andere Menschenrechtsverträge wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und gegen EU-Recht verstoßen.

Dort sei neben Diskriminierungsverboten für die betroffenen Personengruppen das Recht auf Freizügigkeit verankert worden. Nach der GFK könne man die Freizügigkeit nur dann beschränken, wenn die entsprechende Regelung gleichermaßen für alle Ausländer in Deutschland mit ähnlichem Aufenthaltstitel gelten würde, was gegenwärtig nicht der Fall sei. Darüber hinaus sind nach der EMRK Beschränkungen nur unter eng gefassten Bedingungen zulässig – z.B. um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, Verbrechen zu bekämpfen oder zum Schutz der Gesundheit.

Hintergrund der Stellungnahme ist die in vielen Bundesländern gängige Praxis, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär

geschützten Personen einen Wohnsitz nur in dem jeweiligen Bundesland, dem Bezirk oder dem Landkreis zu ermöglichen, in denen die Aufenthaltserlaubnis ausgestellt wurde. Selbst eine entsprechende Beschränkung auf einzelne Gemeinden hat es mancherorts schon gegeben. Begründet wird dies durch das Ziel, eine unkontrollierte Binnenwanderung von ausländischen Sozialhilfe-Empfängern zu verhindern. Vermieden werden soll so eine Verschiebung der hierdurch entstehenden Kosten bei Ländern und Gemeinden.

Das neue UNHCR-Gutachten betont hingegen, diese Absicht könne nicht die Anwendung der EMRK-Ausnahmeregelungen rechtfertigen. Beschränkungen des Rechts auf Freizügigkeit dürften laut Europäischem Menschenrechtsgerichtshof nur dann erfolgen, wenn ein so genanntes „zwingendes soziales Bedürfnis“ vorliege. Der Eingriff müsse ferner dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit gerecht werden.

Dabei ist laut UNHCR zu berücksichtigen, welcher schwerwiegender Eingriff die Beschränkung der Wohnsitzfreiheit für die Betroffenen bedeute. Die Maßnahme könne im Einzelfall lebenslang greifen. Sie sei umso gravierender, je kleiner der mit der Auflage zugewiesene Raum für die Wohnsitzwahl sei. Erhebliche Auswir-

kungen würden sich u.a. bei der Arbeitsplatzsuche ergeben sowie unter familiären und sozialen Aspekten, zum Beispiel, wenn im Krankheitsfall oder bei der Verarbeitung traumatisierender Ereignisse die hiervon Betroffenen nicht in Nähe der weiteren Familie oder von Landsleuten wohnen könnten.

Daneben bezweifelt UNHCR, ob überhaupt mit einer Beschränkung der Wohnsitzauflage eine Verschiebung der Sozialhilfebelasten in relevantem Umfang verhindert werden könne. Denn die örtliche Zuständigkeit für Sozialhilfe hänge nach deutschem Sozialrecht teilweise vom tatsächlichen Aufenthaltsort des Leistungsberechtigten ab. Zudem würden die anfallenden Kosten seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Reformen in erheblichem Umfang vom Bund getragen.

Zu bedenken sei ferner, dass durch den Finanzausgleich innerhalb der Bundesländer Kommunen für die bei ihnen verbleibenden Ausgaben bereits entlastet und darüber hinaus Kosten durch den Bund-Länder-Ausgleich kompensiert würden. Der Eingriff in die Wohnsitzfreiheit stehe auch aus diesem Grund nicht in einem angemessenen Verhältnis zu dem zu erreichenden Zweck, heißt es abschließend in dem UNHCR-Gutachten. 10. August 2007

[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de) ■

## Stellungnahme des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd) zum einjährigen Bestehen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

Am 18.8.2007 jährt sich das Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Wir, im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) organisierten unabhängigen Antidiskriminierungsbüros/-stellen, Selbstorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen begrüßen grundsätzlich das AGG. Dennoch halten wir auch ein Jahr nach Inkrafttreten des AGG an unserer Kritik fest: Zum einen ist das AGG nicht angemessen ausgestaltet, bleibt an vielen Stellen hinter den Anforderungen der EG-Richtlinien zurück und enthält zum anderen für von Diskriminierung Betroffene zahlreiche rechtliche und praktische Hürden. Dazu zählen z.B. die unzureichende Fristregelung, die finanzielle Situation der Betroffenen sowie Resignation und Angst gegen die erlebte Diskriminierung vorzugehen, die wir auf Seiten der Betroffenen beobachten. Eine weitere besonders gravierende Hürde besteht darin, dass immer noch keine bundesweit flächendeckende Infrastruktur von Beratungsstellen für von Diskriminierung Betroffene existiert. Unsere Beratungspraxis zeigt, dass dadurch die Rechtsdurchsetzung erschwert wenn nicht gar unmöglich gemacht wird.

In einer ausführlichen Stellungnahme macht der advd auf diese Barrieren und deren Auswirkungen auf die Betroffenen aufmerksam.

Der advd und seine Mitgliedsorganisationen fordern daher im Interesse der von Diskriminierung Betroffenen:

- ▶ Ein Bundesprogramm u.a. für die Schaffung einer bundesweit flächendeckenden Infrastruktur an Beratungsstellen und die Etablierung einer Antidiskriminierungskultur in Deutschland
- ▶ Einrichtung eines unbürokratischen Rechtshilfefonds für Betroffene
- ▶ Die vollständige Umsetzung der EG-Gleichbehandlungsrichtlinien und einen einheitlichen Diskriminierungsschutz für alle Merkmale
- ▶ Eine mehrsprachige Image- und Informationskampagne für das AGG, die sich zum Ziel setzt von Diskriminierung Betroffene über ihre Rechte zu informieren
- ▶ Die Anerkennung von Antidiskriminierungspolitik als Querschnittsaufgabe durch alle Politikbereiche.

Die ausführliche Stellungnahme kann unter [www.antidiskriminierung.org](http://www.antidiskriminierung.org) heruntergeladen werden.

*Banu Bambal, (Antidiskriminierungsbüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.)  
Herr Florencio Chicote, (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des TBB) ■*

### Warum Sarkozy siegte

**Neofaschisten und Neokonservative: Bernhard Schmid untersucht in seinem neuen Buch den Aufstieg des französischen Präsidenten**

Der Sieg Nicolas Sarkozys bei den französischen Präsidentschaftswahlen mag nicht so recht ins Bild passen, das wir uns in den letzten Jahren von Frankreich gemacht haben. Es siegte eine „komplexfreie“ Rechte, die „sich nicht länger dafür schämt, rechts zu sein“. Wie konnte ein Kandidat, der mit populistischen Parolen gegen „Gesindel“ auftrat und Sozialneid gegen „Faule“ und „privilegierte öffentlich Bedienstete“ schürte, sich in dem Land mit starken revolutionären Traditionen durchsetzen? Hatte sich beim Nachbarn jenseits des Rheins nicht ein breiter und wirksamer Widerstand gegen das neoliberale Rollback formiert? Doch neben diesem rebellischen existiert auch ein anderes Frankreich, das „Frankreich der Reaktion“, das Bernhard Schmid in seinem neuen Buch vorstellt.

#### Front National

Auf dem Cover stehen die beiden führenden Vertreter des „Frankreich der Reaktion“ Seite an Seite: Jean-Marie Le Pen, Gründer und ewiger Chef des Front National (FN), fester Bestandteil der französischen Parteienlandschaft seit den achtziger Jahren, und der frischgebackene Präsident Nicolas Sarkozy, der sich offen an die rechtsextremen Wähler wendet. Sie stehen jeweils für „Neofaschismus und modernisierten Neokonservatismus“, wie es im Untertitel heißt. Schmid untersucht die Entwicklung dieser beiden rechten Strömungen und ihre Interaktionen bis zur Präsidentschaftswahl

Der erste Teil des Buches ist dem FN gewidmet. Schmid widmet sich der abwechslungsreichen Geschichte der Partei, die von einer nationalkonservativen, wirtschaftsliberalen und proamerikanischen (sowie proisraelischen) Orientierung in den achtziger Jahren

zur „Systemopposition“ in den neunziger Jahren schwenkte. Mit Sozialdemagogie und (nationalistischer) Globalisierungskritik konnte der FN auch sozial schwache Wähler für sich gewinnen. Markenzeichen blieben jedoch eine fremdenfeindliche Rhetorik gegen Einwanderer und der „Sicherheitsdiskurs“, die der FN derart verknüpfte, dass beide Themen für weite Teile der Öffentlichkeit nahezu identisch sind. Während seine Partei 1998 nach einer Spaltung am Abgrund stand, konnte Le Pen vier Jahre später in die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahl einziehen.

#### Innere Sicherheit

Im Schatten dieser scharfen Konkurrenz von rechts gelang einem konservativen Nachwuchspolitiker ein kometenhafter Aufstieg – Nicolas Sarkozy. Ein Thema spielte dabei eine große Rolle: die „Unsicherheitsdebatte“ im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2002, die zunächst Le Pen Erfolg beschert. Doch auch das autoritäre Auftreten Sarkozys war nun gefragt. Mit seiner Ernennung zum Innenminister wird das Thema „innere Sicherheit“ zu seinem Markenzeichen.

Schmid hebt hervor, dass Sarkozy nicht völlig auf derselben ideologischen Wellenlänge liegt wie die extreme Rechte. Dieser versuche lediglich, einige ihrer Erfolgsthemen aufzugreifen, allen voran den „Sicherheitsdiskurs“, oder auch die „nationale Identität“. Le Pen hat das politische Klima in Frankreich jedenfalls derart verändert, dass Sarkozy damit Erfolg haben konnte. Schmid hebt ebenfalls hervor, dass der Aufstieg Sarkozys den Aufstieg einer „amerikanischen Rechten“ bedeutet, da Sarkozy viele seiner Ideen aus den USA holt. Ein „modernisierter Neokonservatismus“, der Neoliberalismus mit „null Toleranz“ verbindet, der aber auch nicht frei ist von gewissen Widersprüchen. Einerseits haben „Sicherheits“diskurs und Antieinwanderungspolitik einen rassistischen Unterton, andererseits versucht Sarkozy,

die amerikanische Politik der „affirmative action“, also der gezielten Förderung von Minderheiten, sowie eine kommunitaristische Politik auch in Frankreich einzuführen.

#### Neoliberalismus

Sarkozy zog mit dieser sehr amerikanischen Mischung in den Präsidentschaftswahlkampf 2007.

Mit einer polarisierenden Rhetorik versuchte er, das „Frankreich der Reaktion“ hinter seiner Kandidatur zu vereinen. Gleichzeitig misslang dem FN die ideologische Erneuerung, was zur Verunsicherung seiner Anhänger führte und diese in die Arme von Sarkozy trieb. Le Pen fuhr im ersten Wahlgang mit 10,4 Prozent sein schlechtestes Ergebnis seit über zwanzig Jahren ein, und sein Aufruf zur Wahlenthaltung in der Stichrunde blieb weitgehend ungehört: Zwei Drittel seiner Wähler stimmten am 6. Mai für Sarkozy.

Leider kommt in dem Buch der Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und dem Erfolg der Rechten zu kurz. Diesen Zusammenhang kann man schon daran erkennen, dass dem FN der Durchbruch nur sechs Monate nach der neoliberalen Wende von März 1983 gelang, als Präsident François Mitterrand einen rigorosen Sparkurs verordnete. Und Sarkozys neoliberales Programm wurde nur deshalb mehrheitsfähig, weil er die FN-Wähler auf seine Seite ziehen konnte. Dabei hatte der Autor selbst diesen Zusammenhang in seinem Buch „Die Rechten in Frankreich“ bereits angedeutet: Nachdem ab 1983 die Politik zunehmend alternativlos erschien und keine sozialen Verbesserungen mehr zu erwarten waren, glitt die öffentliche Debatte auf das „Immigrationsproblem“ ab. Und der Aufstieg des FN wurde in einem zynischen Kalkül von Mitterrand unterstützt, um so einen Keil ins bürgerlich-konservative Lager zu treiben. Dies erschien umso notwendiger, da seine Sozialistische Partei wegen ihrer unsozialen Politik ihre Mehrheitsfähigkeit zu verlieren drohte.



Das aktuelle Buch „Das Frankreich der Reaktion“ geht faktenreich den Ursachen für den Wahlsieg Nicolas Sarkozys auf den Grund und ist eine Pflichtlektüre für jeden, der dieses Phänomen verstehen will. Außerdem bietet es eine gute Übersicht über die jüngsten Entwicklungen beim FN sowie die spezifisch französischen Debatten der letzten Jahre rund um den Islam und die „innere Sicherheit“.

Michel Buckley  
erschieden in Junge Welt,  
25.6.2007 ■

**Bernhard Schmid: Das Frankreich der Reaktion. Neofaschismus und modernisierter Neokonservatismus. Pahl-Rugenstein, 2007, 193 Seiten, 14,90 Euro**

### Neue Broschüre: „Filme über Nationalsozialismus und Holocaust im Unterricht“

Lieber „Das Leben ist schön“ oder „Die Mörder sind unter uns“? Lehrer zeigen gern Filme, um ein Thema zu vertiefen, Schüler sehen sie gern. Aber mit welchem Film lässt sich was vermitteln? Und wie? Die Broschüre „Sehen. Deuten. Handeln. Filme über Nationalsozialismus und Holocaust im Unterricht“ der Amadeu Antonio Stiftung gibt Antworten.

Das Filmheft „Sehen. Deuten. Handeln. Filme über Nationalsozialismus und Holocaust im Unterricht“ wendet sich an Lehrerinnen und Lehrer, die zu den Themenbereichen Nationalsozialismus, Holocaust und Gedenk- und Erinnerungskultur mit Filmen im Unterricht arbeiten wollen. Es

bietet sowohl eine Auswahl von Filmen unter verschiedenen Kriterien als auch praxisnahe Methoden für eine reflektierte Arbeit mit dem Medium Film im Schulunterricht. Die Auswahl von Spiel- und Dokumentarfilmen ermöglicht – je nach Klassenstufe und Einarbeitung in den Themenbereich – unterschiedliche Annäherungen an das Thema: Sie können der Informationsvermittlung dienen, aber auch zur Auseinandersetzung einladen, wie die historischen Sachverhalte inhaltlich wie auch filmhandwerklich thematisiert werden oder eine Reflexion verschiedener Handlungsperspektiven ermöglichen.

Das bietet die Broschüre:

Im Filmheft wird die Auswahl der Filme ausführlich erläutert und grundlegende Arbeitsmethoden vorgestellt. Im Hauptteil werden 13 Filme empfohlen und mit einer inhaltlichen Kurzbeschreibung, produktionstechnischen Eckdaten und einer Altersempfehlung vorgestellt. Dazu gibt es eine Zusammenstellung leicht zugänglichen Hintergrundmaterials (Links, Literatur) zur Vorbereitung und Vertiefung jedes einzelnen Films und Angaben zum kostengünstigsten Verleih oder Erwerb der Filme. Außerdem gibt es zu jedem Film „Beobachtungsaufträge“ für Schülerinnen und Schüler, die sich als Arbeitsblätter direkt aus dem Heft kopieren lassen. Den Abschluss macht eine Sammlung grundlegender Links und Literatur zu medienpädagogischer Arbeit.

Ausgewählt wurden vom Redaktionsteam um Dagmar Knellessen und Berit Lusebrink inhaltlich und filmästhetisch wertvolle Filme, die aber auch praktische Kriterien wie eine im Schulunterricht händelbare Länge oder eine leichte Verfügbarkeit zum Beispiel über die Landesfilmdienste erfüllen. Im Heft finden sich historische Spielfilme, die das zeitgeschichtliche Ereignis als fiktionale Erzählung thematisieren, und klassische Dokumentarfilme, die mit Quellen und Zeitzeugen arbeiten.

Im Bereich Nationalsozialismus und Holocaust werden sechs zeitgeschichtliche Spielfilme vorgestellt, die ausschnittsartig die über 60-jährige Filmgeschichte des Genres zu diesen Themen anhand internationaler Produktionen nachzeichnen – von Chaplins „Der große Diktator“ (USA 1940) bis Roman Polanskis „Der Pianist“ (Frankreich, Deutschland, Polen, Großbritannien 2002).

In der Rubrik Gedenk- und Erinnerungskultur finden sich sechs deutsche Dokumentarfilmproduktionen, die in den letzten zehn Jahren entstanden sind und sich mit Opfern und Verfolgten des Nationalsozialismus, Überlebenden und Rückkehrern und familiären Auseinandersetzung mit der Täterschaft beschäftigen – von Rolf Bickels und Dietrich Wagners „Der Frankfurter Auschwitz-Prozess“ (2005) bis zu Yoash Tataris „Mein Vater der Mörder. Eine Tochter klagt an“. Dazu kommt Alain Renais' Kurzdokumentation über die Vernichtung der europäischen Juden von 1955, die bis heute nichts an Eindringlichkeit verloren hat.

„Sehen. Deuten. Handeln. Filme über Nationalsozialismus und Holocaust im Unterricht“ bietet knapp zusammengefasste, sachliche und kenntnisreich zusammengetragene Informationen, die die Arbeit mit Filmen über dieses Thema nicht nur erleichtern, sondern durch die Arbeitsaufträge auch die verschiedenen inhaltlichen und künstlerischen Dimensionen der filmischen Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex fassbar machen. [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de) ■

**Bestellen: Die Broschüre kann für 3,50 Euro bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden. Kontakt: [berit.lusebrink@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:berit.lusebrink@amadeu-antonio-stiftung.de), Tel.: 030 / 240 886 13. Das Filmheft ist ein Ergebnis des Projekts „Zukunft der Erinnerung“ der Amadeu Antonio Stiftung, das im Rahmen des Förderprogramms „Geschichte und Menschenrechte“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gefördert wurde.**

**Mehr im Internet:**

**[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)**

#### **Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.  
email: [antifanachrichten@netcologne.de](mailto:antifanachrichten@netcologne.de), Internet: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de>  
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach  
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.  
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.  
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Benthin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmars Wölk.

## **:ostritt**

### **„Der Geburtstag der Kanzlerin“**

„Das hat es in der 50jährigen Geschichte des BdV noch nicht gegeben“, schwärmt BdV-Präsidentin Erika Steinbach im Editorial des Deutschen Ostdienstes, 8/2007. „Die Bundeskanzlerin hat Geburtstag und das gesamte Präsidium des BdV ist zu Gast im Kanzleramt. Nicht als Gäste unter tausend anderen bei einem Empfang, nein ganz exklusiv allein mit ihr zum festlichen Mittagsmenue.“ Man habe ein normales Arbeitstreffen erwartet und dann das!

Mal abgesehen davon, dass es diese Treffen zwischen Bundeskanzler/in und BdV regelmäßig gibt, bleibt doch festzuhalten, dass die Regierungskoalition offensichtlich die Arbeit des BdV wieder stärker fördert. In der Pressemitteilung der Bundesregierung (nicht nur des Kanzleramts) wurde anschließend vermerkt: „Ein Schwerpunkt des Gesprächs war die künftige Ausgestaltung des im Koalitionsvertrag vereinbarten ‚sichtbaren Zeichens‘ in Berlin, mit dem insbesondere an das Unrecht von Vertreibungen erinnert werden soll“ und weiter „Die Bundeskanzlerin bekräftigte die Absicht der Bundesregierung, zügig eine einvernehmliche Klärung noch offener Fragen hinsichtlich der Trägerschaft und der Örtlichkeit unter allen Beteiligten herbeizuführen.“ Die „Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung“ sei inzwischen „auch durch Arbeit des Bundes der Vertriebenen zu einem breiten gesellschaftlichen Anliegen geworden“.

Offensichtlich wird hier festgeklopft – und das ohne ersichtlichen Widerstand des Koalitionspartners SPD – dass nun doch Berlin Standort des „Zentrums gegen Vertreibungen“ sein wird und der BdV dabei kräftig mitmischen darf.

Der vom BdV gewünschte „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ wird in der Pressemitteilung nicht erwähnt, im DOD wird aber hervorgehoben, dass dies ein wichtiger Gesprächsgegenstand gewesen sei.

„Wulff holt Schlesier nach Hannover zurück“ – noch eine frohe Botschaft, die der DOD verkünden kann. Die rot-grüne Regierung unter Ministerpräsident Schröder hatte 1990 die Förderung für das Schlesiertreffen eingestellt und so waren diese nach Nürnberg ausgewandert. Christian Wulff (CDU) hat sie nun wieder zurückgeholt und begrüßte am 30.6./1.7.2007 die etwa 50.000 Teilnehmer des Treffens in Hannover. „Eine Bevölkerungsgruppe wie die Schlesier, die Opfer völkerrechtswidriger Vertreibung wurden, die ihres gesamten Hab und Guts beraubt wurden, habe auch mehr als 60 Jahre danach die Solidarität aller Deutschen verdient“, habe Steinbach in ihrer Rede betont, so der DOD. **DOD 8/07 - u.b. ■**

### Zu wenig deutsche Männer

Junge Freiheit Nr. 33/07 vom 10.8.2007  
Mal wieder vermisst das Blatt eine „deutsche Bevölkerungspolitik“: „Inzwischen pfeifen die Spatzen das Lied vom Aussterben der Deutschen von den Dächern, ist die von Geburtenschwund und Einwanderung befeuerte Ethnomorphose unübersehbare Realität. Wer wissen will, wie die Bevölkerung Deutschlands in weiteren zwanzig Jahren aussieht, braucht nur einen typischen Großstadt-Spielplatz zu besuchen: Demografisch gehört die Zukunft einer rasch wachsenden Unterschicht mangelhaft integrierter Einwanderer.“ Schuld sei Sozial- und Migrationsindustrie, die die Einwanderung fördere, um sich selbst zu erhalten. Ethnomorphose ist der von Rechtsextremen gebrauchte Ersatz für den nationalsozialistischen Begriff „Umvolkung“, mit dem die Nazis ihr Vorhaben bezeichneten, die Völker Osteuropas zu versklaven und den deutschen Herrenmenschen als Herrscher zu etablieren. Neben dem Leitartikel befasst sich ein Interview mit dem Bremer Professor *Gunnar Heinsohn* mit dem Thema. Heinsohn vertritt die These, dass ein statistischer Überhang junger Männer Kriege hervorruft, eine Behauptung, für den er den Beleg bislang schuldig geblieben ist. Im Interview erklärt er: „Wenn – wie in Kanada oder Australien und Neuseeland – nur Leistungsträger hereingelassen und zugleich finanzielle Anreize zur Vermehrung von Bildungsfernen eingestellt würden, sähe ich keine gravierenden Probleme ... Da man aber einen anderen Weg geht, wird man in Frankreich und Deutschland auch weiterhin jene Gettoschlachten sehen, die Amerika erst beenden konnte, als es die Sozialhilfe für beliebig viele Kinder zum 1. Januar 1997 abgeschafft hat.“

Also Abschaffung aller sozialen Transferleistungen für Menschen mit Migrationshintergrund und Förderung der „deutschen Geburt“? Das rassistische Konzept

wird nicht aufgehen, denn es zeigt sich schon jetzt, dass auch die Geburtenraten der Migranten der zweiten und dritten Generation sich denen der Ureinwohner in der Bundesrepublik angleichen.

### Werbekampagne mit Peter Scholl-Latour

Junge Freiheit Nr. 33/07 vom 10.8.2007  
Das Blatt will seine Auflage von derzeit 19.000 auf 23.000 bis zum Jahr 2011 erhöhen – dann soll der Verlag schwarze Zahlen schreiben. Bis jetzt kann das Blatt seine Verluste nur durch Spenden oder Kommanditeinlagen ausgleichen. Für die Werbekampagne stellt sich neben Alexander von Stahl, Ferdinand Fürst von Bismarck, Prof. Wilhelm Hankel auch Peter Scholl-Latour zur Verfügung: „Die JF bedeutet für mich, dass es noch unabhängige Geister in der deutschen Medienlandschaft gibt und Journalisten, die das Risiko eingehen, gegen den Strom zu schwimmen.“ Das sollte Anlass sein, den Autor nicht mehr in Publikationen der Linken zu Wort kommen zu lassen.

### Brüsseler Bürgermeister verbietet Demonstration gegen Islam

Junge Freiheit Nr. 34/07 vom 17.8.2007  
Die islamfeindliche Gruppierung um Udo Ulfkotte hat vor, am 11. September in Brüssel unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Europas“ zu demonstrieren. Der Brüsseler Oberbürgermeister Thielemans hat die Kundgebung untersagt, weil „die Gefahr besteht, dass die hasserfüllten und ausdrücklich islamophoben Botschaften, die ... von dem als Organisator der Demonstration fungierenden Verein verbreitet werden, die auf diesem Gebiet ansässige große muslimische Gemeinschaft vor den Kopf stoßen.“ Die Organisatoren wollen gegen das Verbot gerichtlich vorgehen. Der Chefredakteur des

Blattes, *Dieter Stein*, kommentiert: „Gegen die Islamkritiker muss man einwenden, dass der Islam selbst kein gravierendes Problem wäre, hinge ihm in einem die Religionsfreiheit respektierenden Europa lediglich eine konstante Minderheit an oder schlossen sich dieser konversionswillige Autochthone in überschaubarer Zahl aufgrund von Mission an. Zum bedrohlichen Problem wird die religiöse Frage allein, weil hinter ihr eine demografisch-ethnische Herausforderung steht ... Die nichtmuslimische (Noch-)Mehrheitsbevölkerung muss sich statt dessen endlich zu einer Kombination aus restriktiver Einwanderungspolitik, die den Nachzug vor allem aus dem islamischen Raum stoppt, und einer offensiven Bevölkerungspolitik der europäischen Völker entschließen.“ *uld* ■

### NPD distanziert sich von „Schwarzen Blocks“

Die NPD hat sich in einer Erklärung ihres Parteipräsidiums vom 15.8.2007, die auf ihrer Internetseite veröffentlicht ist, von den „Autonomen Nationalisten“ distanziert. In der Erklärung heißt es: „Das auf außenstehende Betrachter beängstigende und damit abstoßende Äußere ist nach unserer Auffassung kein Ausdruck revolutionären Handelns, denn revolutionär ist nicht der, der dieses Wort immer gern im Munde führt, fast schon bewundernd das Auftreten der antifaschistischen Steigbügelhalter des Systems nachzuahmen versucht und damit selber zum Teil des Systems wird.“ Schon verschiedentlich war nach Aufmärschen das Auftreten der „Autonomen Nationalisten“ von NPD-Kadern kritisiert worden. Deshalb wollte das NPD-Präsidium wohl vor den anstehenden Heiß-Aufmärschen klarstellen, wie die Klientel zu erscheinen hat. Die NPD will in die Parlamente, will auch Mittelständler und rechte Intellektuelle für sich gewinnen, das zeigt sie gerade auch wieder in Vorbereitung der Landtagswahl in Niedersachsen. Das Präsidium betont, das System habe doch gerade Angst davor, „dass sich Nationalisten wie ‚Normale‘ kleiden und benehmen“. Nicht von ungefähr wiesen „Systempolitiker, Politologen und Institutionen verstört darauf hin, wie ‚infam‘ nationale Kreise heute agieren, indem sie Bürgerberatung anbieten.“ Sicher auch aufgrund des öffentlichen Drucks, den die Kampagne für ein NPD-Verbot erzeugt hat, ist die NPD nicht erpicht darauf, durch „schwarze Blocks“ in die Kritik zu kommen. Abschließend heißt es: „Wir müssen den Kreislauf der Stigmatisierung durchbrechen und dürfen nicht länger zulassen, dass Demonstrationen zur Eigendarstellung einzelner Teilnehmer bzw. Gruppen missbraucht werden ... Hoch die schwarzen Fahnen der Wut, nieder die schwarzen Kappen der Vermummung!“ *u.b.* ■

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

**Einzugsermächtigung:** Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Konto-Nr. / BLZ \_\_\_\_\_ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de  
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Erscheinungsweise:  
14-täglich